e

kt

PELZ-WAREN Felle Kürschnerwaren

kauft z. Leipziger Tagespreisen

Georg Seifferth
Kürschnermeister,
Bocholt, Osterstr. 7,
Diepenbrockhaus.
Tel. 2835.

Unterricht
in
Buchhaltung
einfach und doppelt (deutsch, ital. und amerikanisch),
Bankkontokorrent,
Kaufm. Rechnen,
Korrespondenz,
Wechsel- u. Scheckverkehr,
Stenographie,
Maschinenschreiben,
Rundschrift,
Schönschreiben,
Deutsch,
Französisch u. Englisch (Grammatik u. Konv.)
Handels-Hochschulbildg und Auslandspraxis.
Vorbereitung für Prüfungen.
Jul. C. Schmitz.
Dingden i. W.

[T]eppiche-Läufer ohne Anz. in 10 Monatsraten lief. Agay & Glück Frankfurt a. M. Gutleutstraße 75. Schreiben Sie sofort.

Wer probt, der lobt.
Schlachtgewürze
Papierdärme
Wurstdorne
Salpeter
von
Gebr. Steiner
Markt 8.

[...]henke!
[...]eline in allen
[...]10, 2.85, **1.95**
reinwollene
[...]d Tuche für
[...]0, 8.40, **6.80**
Veloure und
für Damen-
[...]tel,
[...]5, 6.80, 5.90,
3.80, **2.95**
[...]egt.
[...]1

Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 329 | Mittwoch, den 30. November | Jahrgang 1927

Tagesfragen.

Ein lustiges Terzett nennt die „Kölnische Zeitung" drei Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstags, die am Sonntag sich in größeren Versammlungen über die Besoldungsvorlage ausgesprochen haben. Sie führt zunächst den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns an, der auf einem Zentrumsparteitag des Osnabrücker Landes erklärt hat, daß eine Erhöhung der Gesamtkosten der Besoldungsreform über die jetzige Vorlage hinaus unmöglich sei und unweigerlich zum Rücktritt der Regierung führen werde. Zweitens weist das Blatt auf die scharfe Rede des Reichstagsabgeordneten Imbusch in der Delegiertenkonferenz des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter hin; von dieser Rede kann man gewiß nicht annehmen, daß sie den Beamten gefallen haben wird. Als drittes Mitglied des Terzetts zitiert das volksparteiliche Organ den Abgeordneten Allekotte, der auf der Beamtenbeiratstagung in Essen sich optimistisch über den Stand der Dinge geäußert hat; die Arbeiten seien in den letzten Tagen gut fortgeschritten, das Vorgehen Stegerwalds — dem Imbusch den Dank der christlichen Bergarbeiter aussprach — werde die Vorlage nicht gefährden, die Zentrumsfraktion des Reichstages stehe geschlossen auf ihrem Boden. Wir können diesen letzten Satz für heute noch nicht als richtig anerkennen, zumal ja noch gerade die Rede Imbuschs das Gegenteil beweist. Aber es steht doch einem Blatt der Deutschen Volkspartei nicht gut an, sich über die in dieser Frage bestehende Meinungsverschiedenheit unter Zentrumsabgeordneten lustig zu machen. Denn auch in der Deutschen Volkspartei sind ja solche Meinungsverschiedenheiten vorhanden, und von ihrem Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz sind Aeußerungen bekannt geworden, die in bestimmten Beamtenkreisen geradezu als Provokation betrachtet werden. Der verständige Beamte tut gut daran, sich durch Differenzen, wie sie in den erwähnten Reden von Zentrumsabgeordneten zum Ausdruck gekommen sind, nicht irre machen zu lassen. Denn diese Reden bezeugen doch letzten Endes hauptsächlich, daß die Mitglieder der Zentrumsfraktion sich stark mit der Besoldungsvorlage und ihren Auswirkungen beschäftigen, daß sie die Sorge drückt, sie könne eine Teuerungswelle hervorrufen, die den Zweck der Gehaltsaufbesserungen ohne weiteres illusorisch machen würde. Und welcher gerecht denkende Beamte wird es einem Bergarbeiterführer wie Imbusch verdenken, wenn die Besoldungsvorlage ihn an die wenig erfreuliche Lage der Bergleute, aus deren Kreis er hervorgegangen und deren besonderer Vertrauensmann er ist, denken läßt. Wir können uns wohl vorstellen, daß manche Wendungen und der Ton dieser Gelsenkirchener Rede in Beamtenkreisen Anstoß erregt haben, aber mit Mundspitzen, ohne zu pfeifen, kann ein Führer sich in bedrückter Lage fühlender Arbeiter nicht operieren. Bei einer Partei, die wie das Zentrum alle Volksschichten, alle Stände und Berufe umfaßt, lassen sich Meinungsverschiedenheiten beim Auftauchen wirtschaftlicher Fragen einfach nicht vermeiden. Aber noch immer ist es in der Zentrumspartei so gewesen, daß man darüber nicht die Notwendigkeit vergessen hat, Differenzen auszugleichen und zu einem einheitlichen, vor jedem Volksgenossen vertretbaren Standpunkt zu gelangen. Und so wird, wie wir nicht bezweifeln, es auch diesmal sein. Der Abgeordnete Joos hat mit Recht in einer Rede vor den Vertrauensleuten der Bochumer Zentrumspartei betont, daß der Charakter des Zentrums es notwendig mache, daß jede einzelne Standes- und Berufsgruppe Verständnis aufbringen müsse für die Interessen der andern. Leider gebe es, sagte er weiter, heute noch Arbeitergruppen, deren Lohnlage eine sehr ungünstige sei. Der Arbeiter gönne dem Beamten neidlos die Aufbesserung des Gehaltes, er müsse aber verlangen, daß die Beamten auch für die Belange der Arbeiterschaft das entsprechende Verständnis zeigten. So ist es, und hiernach hat das Zentrum in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen immer gehandelt, nicht zum Schaden der verschiedenen Berufsgruppen, zugleich aber zum Nutzen des ganzen Volkes.

★

Dem gegenwärtigen Reichstag hat Joos in seiner vorerwähnten Rede kein langes Leben mehr prophezeit. Die Opposition mache nur noch in Wahlpropaganda, weshalb ein praktisches Arbeiten im Parlament sehr erschwert sei. Wahrscheinlich würden die Wahlen nach dem Frühjahr stattfinden. Gewählt werde leider noch nach dem Listenwahlsystem, das sei zu bedauern, aber von diesem Reichstag könne eine Wahlreform nicht mehr erwartet werden. Ja warum hat denn aber die Zentrumsfraktion noch just vor vier Wochen ihre Wahlrechtsinterpellation eingebracht? Wir stimmen gewiß mit Joos in der pessimistischen Beurteilung der Lebens- und Arbeitsfähigkeit des Reichstags überein. Haben wir diesen doch noch vor kurzem ein sterbendes Parlament genannt. Aber darum erscheint es uns doch nicht als richtig, gleich die Flinte ins Korn zu werfen. Im Gegenteil muß alles versucht werden, doch noch zu erreichen, daß der neue Reichstag nach einem verbesserten Wahlrecht gewählt wird. Und selbst wenn dieser Versuch keinen Erfolg haben sollte, so wäre er doch nicht vergeblich gewesen. Er würde Klarheit darüber verschafft haben, wie die einzelnen Parteien zu dieser Frage stehen, und die Forderung einer Wahlrechtsänderung, die die langen Listen beseitigt, statt der Riesenwahlkreise kleine Wahlkreise schafft und den Abgeordneten wieder in enge Verbindung mit seinen Wählern bringt, würde die Durchschlagskraft der Wahlparole des Zentrums ohne Zweifel erheblich verstärken.

★

Heute hat die Studentenschaft sämtlicher preußischer Hochschulen darüber abzustimmen, ob an diesen eine staatlich anerkannte Vertretung und Selbstverwaltung der Studenten gebildet werden soll oder nicht, und zwar auf Grund des neuen Studentenrechtes, dessen Einzelheiten in einem vom Landtag gebilligten Erlaß des preußischen Kultusministers enthalten sind. Dieser Erlaß hält bekanntlich schon seit geraumer Zeit die Studentenschaft in Bewegung. Er bringt gewisse Abänderungen gegenüber dem bisherigen Studentenrecht und untersagt, was der Hauptstreitpunkt ist, den Einzelstudentenschaften die Koalition mit den antisemitisch-völkischen Studentenschaften der deutschen Hochschulen in Oesterreich und in der Tschechoslowakei. In der Deutschen Studentenschaft, der bisherigen Organisation an den deutschen Hochschulen, haben bekanntlich die völkischen Elemente die Mehrheit, sie aber ziehen die Zerschlagung der studentischen Selbstverwaltung, mit der das Recht der Zwangseinziehung von Beiträgen durch die Quästuren der Hochschulen verbunden ist, einem Aufgeben der engen Verbindung mit den völkischen, nur einen Teil der Studierenden umfassenden auslandsdeutschen Studentenschaften vor. Ob die völkische Mehrheit in der studentischen Organisation auch unter den Studenten an den preußischen Universitäten und Hochschulen die Mehrheit hat, ist zweifelhaft, da sich an den studentischen Wahlen stets nur ein Teil der Studierenden beteiligt hat. Von den katholischen Studentenverbänden treten der K. V. und der U. V. für das neue Studentenrecht ein, der C. V. stellt dagegen seinen Mitgliedern selbst die Entscheidung anheim. Die Hochschulgruppen der Deutschen Volkspartei haben sich dieser Tage erst für die Verordnung des preußischen Kultusministers ausgesprochen. Die den Linksparteien angehörigen Studentengruppen sind selbstverständlich auch gegen den Antisemitismus der Studentenschaft. Die Entscheidung für oder gegen das neue Studentenrecht wird davon abhängen, wie stark sich die bisherigen Nichtwähler unter den nichtinkorporierten Studenten an der Abstimmung beteiligen werden. Bei dieser handelt es sich also darum, ob sich die preußischen Studenten der Verordnung des Kultusministers fügen wollen oder nicht. Und da muß es als ein bedauerliches Vorkommnis bezeichnet werden, daß der Reichsinnenminister Dr. von Keudell am Sonntag einer völkischen Studentenversammlung, die in Berlin im Zirkus Busch stattgefunden hat und unter Martin Spahns Führung eine Kundgebung gegen den Erlaß des preußischen Kultusministers war, ein Telegramm folgenden Wortlauts gesandt hat: „Im Geiste unter Ihnen und in innerer Verbundenheit bekennt sich erneut zu Ihnen mit herzlichen Grüßen und Wünschen. v. Keudell." Wenn dieses Telegramm einen Sinn hat und nicht etwa ein deutschnationaler Ratgeber dem Reichsinnenminister ein Kuckucksei ins Nest gelegt haben sollte, so kann es nur als eine Demonstration gegen den preußischen Kultusminister aufgefaßt werden. Die Versammlung im Zirkus Busch hat es so aufgefaßt und durch lauten Beifall ihrer Begeisterung darüber Ausdruck gegeben, daß ein amtierender Reichsminister sie in ihrem Kampf gegen die Staatsautorität unterstützt, und zwar derselbe Reichsminister, der das Wort von der Souveränität der Länder geprägt hat. Wir stehen nicht an, diese Aktion des Herrn von Keudell als eine mehr als bedauerliche Entgleisung zu bezeichnen. Es ist durchaus zu verstehen, daß das preußische Staatsministerium einmütig beschlossen hat, die erforderlichen Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, damit dem Kultusminister Dr. Becker volle Genugtuung geleistet werde. Wie das „Berliner Tageblatt" hört, hat Ministerpräsident Braun an den Reichskanzler Dr. Marx ein Schreiben gerichtet, in dem er schärfste Verwahrung gegen die Handlungsweise des Herrn von Keudell einlegt. Dieser hätte umsomehr Anlaß zur Zurückhaltung gehabt, als er doch schon an früheren Spannungen zwischen dem Reich und Preußen nicht ganz unschuldig war. *h*

Polens Vorstoß und Litauens Lebensfrage.

Vor weittragenden Entscheidungen.

Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.

)(**Warschau,** Ende November 1927.

Die Genfer Tagung kann sich nicht beklagen, daß man in den Oststaaten ihr zu wenig Beachtung schenkte. Nicht nur Pressepropaganda, Reden, Aufklärungen sollen diesmal den Boden vorbereiten, — in Polen z. B. hat man das Aufgebot einer umständlichen politischen Demonstration nicht gescheut, um Stimmung zu machen. Und zwar verband sich, der hier maßgeblichen Geschmacksrichtung folgend, damit das Moment der Ueberraschung. Der Regierungschef in Begleitung seines militärischen Gefolges, zweier Gesandter und einer Reihe höherer politischer Beamter verreiste plötzlich, unangekündigt. Während sonst jede Fahrt der Regierungsmitglieder gewissenhaft der Oeffentlichkeit angezeigt wird, durfte weder die amtliche Telegraphen-Agentur etwas melden, noch verlautete selbst am nächsten Tag darüber in der Presse — mit einer Ausnahme — auch nur das Geringste. Als die Tatsache naturgemäß dennoch bekannt wird, als man hört, das Reiseziel sei ausgerechnet Wilna, entstehen gerade wegen der Geheimhaltung umsomehr übertreibende Gerüchte. Vertretern der Auslandspresse, die an zuständiger Stelle um Aufklärung bitten, wird gesagt, daß auf höhere Weisung ihnen jede Auskunft verweigert werden müßte. Das heißt in der Tat, die Sensation herausfordern, die Sensation wollen.

Nur muß man es freilich dem Auslande nachsagen, daß es im Großen und Ganzen die ihm zugemutete Rolle nicht mitgemacht hat. Zwischen den Zeilen eines Artikels des „Kurjer Poranny" kann man sogar einen gewissen Aerger herauslesen, daß die deutsche Presse den diplomatischen Ausflug nach Wilna „mit so überraschender Zurückhaltung" beurteilt hätte. Unter diesen Umständen verpuffte der offenbar in der Hinterhand gehaltene zweite Knalleffekt, daß nämlich die schließlich am folgenden Tage veröffentlichte amtliche Mitteilung mit Angaben über eine ganz normale Konferenz zum vorher erwarteten Lärm in Gegensatz stehen sollte. Diesen Lärm hat es nun garnicht gegeben. Vielmehr war sogleich gemeldet worden, was tatsächlich in Wilna geschah. Nur war überall hinzugefügt worden, daß man durch die Wahl des Orts einen Theatereffekt erzielen wollte.

Um nichts anderes hatte es sich gehandelt. Denn konnte der polnische Außenminister, wie es im amtlichen Kommuniqué hieß, „die litauische Frage im Zusammenhang mit der kommenden Völkerbundstagung" wirklich im Wojewodschaftsgebäude zu Wilna besser studieren als in seinem Ministerium in Warschau? Allenfalls ein anderer Umstand mag wirklich vom genius loci in Wilna eine Förderung erfahren haben. Nicht ohne Bedacht wurde auch offiziell hervorgehoben, daß sich Pilsudski in Wilna mit der Frage der litauischen Flüchtlinge beschäftigt hätte. Er empfing eine Delegation aus ihrer Mitte, geführt von den am Tauroggener Putsch beteiligten ehemaligen Kownoer Abgeordneten Ancewitsch und Pleschkajtis. Ja, der sich in diesem Falle besonders ereifernde Teil der Presse erzählte gleichzeitig Wunderdinge von der „Masse litauischer Deserteure", die angeblich täglich im Wilnagebiet Zuflucht suchten und in voller Uniform und Bewaffnung die Grenze überschritten. Diese ganze Flüchtlingsangelegenheit ist unzweifelhaft der bedenklichste Punkt an den Wilnaer Unterhaltungen. Man weiß, daß vom Dezemberumsturz in Kowno an die polnische Politik in der damals besiegten und gestürzten Partei sich Bundesgenossen gegen die litauische Regierung zu schaffen gesucht hat. Die politischen und materiellen Mittel, die hierfür zur Verwendung kamen, fanden ihren speziell beauftragten Verwalter in der Person des polnischen Gesandten in Riga. Lukasiewicz, von dem man gesagt hat, Gesandter in Lettland sei er nur im Nebenberuf, im Hauptberuf aber Bevollmächtigter gegen Litauen. Bezeichnend war, daß, wie bekannt, nach dem mißglückten Versuch eines Gegenumsturzes in Tauroggen die litauischen politischen Flüchtlinge zum Kongreß in Riga zusammentraten, wo alsbald auch Polakiewicz und andere dem Pilsudski-Lager nahestehende Persönlichkeiten aus Polen erschienen. Daß die polnische Hand im Spiel hier so kenntlich wurde, hat übrigens auf nicht wenige der litauischen Emigranten dann ernüchternd gewirkt. Denn man kann keineswegs etwa jeden Gegner der Regierung Woldemaras für Polen dienstbar oder auch nur geneigt halten. Davon ist keine Rede. Im Gegenteil, es ist bekannt, daß die gar zu deutliche Abhängigkeit einiger Putschisten von polnischen Weisungen dazu geführt hat, sie vor ihnen parteimäßig an sich nahestehenden Kreisen bloßzustellen.

Das hindert natürlich nicht, gerade die Flüchtlingskulisse für den besorgniserregendsten Teil des politischen Szenenaufbaues zu halten, zu dem das Wilnaer Würdenträgergastspiel den Anlaß bot. Sie erinnert an die „Emigranten", die seinerzeit zur Division Zeligowski gehörten, und wirkt somit als sehr ernstliche Warnung.

Dieses teils für das europäische Publikum, teils für den aufmerksameren und näherstehenden Beschauer veranstaltete Theater ist vorläufig ein bloßer Hinweis auf letzte Mittel und äußerste Möglichkeiten. Seine Vorführung ist im Augenblick nur eine Handhabe des politischen Drucks, der teils unmittelbar in Kowno empfunden werden soll, teils auf gewisse Westmächte seine Wirkung auszuüben bestimmt ist. Gegenwirkungen sind zwar nicht ausgeblieben. Die Sowjetregierung hat eine warnende Note in Warschau übergeben lassen und indirekt ließ man sogar verlauten, ein Ueberfall auf Litauen sei für Moskau ein Kriegsgrund. Doch glaubt man in Warschau nicht, daß, wenn „etwas passieren sollte", die Sowjets sich wirklich in das Risiko eines Bündniskrieges zugunsten Litauens stürzen würden. Zugleich zeigt sich aber bei dieser Erwägung, wie ernste Dinge zur Entscheidung stehen. Verblendet wäre es, wenn gerade der Nächstbeteiligte, Litauen, seine Lage verkennen wollte. Die litauische Politik bedarf gegenwärtig mehr denn je einer Leitung, die mit Vorsicht durch die Klippen zu steuern weiß. Mit Rechtsverwahrungen und Völkerbundseingaben ist es nicht allein getan. Es bedarf einer Taktik, welche im Hinblick auf Genf und die Weltmeinung dem Gegner den Weg der Gewalt moralisch verlegt.

★

Der mißglückte Putschversuch.

:!: **Kowno,** 29. Nov. Nach der „Litauischen Rundschau" habe der Kriegsminister den Vertretern der Kownoer Presse gegenüber den im Zusammenhang mit einem Schritt dreier Offiziere beim Staatspräsidenten aufgetauchten Gerüchten folgende Einzelheiten bekannt gegeben: Oberst Pitrutis, der in den Kreisen seiner Bekannten als Patriot gilt, fühlt sich ermächtigt, den Staatspräsidenten über die drohende Gefahr aufzuklären. Er bat daher den Präsidenten, eine Delegation, bestehend aus dem Regimentsstabschef Oberst Schumski und einem Leutnant, zu empfangen. Später wurde auch der Oberst persönlich vom Präsidenten empfangen und es erwies sich, daß sich der Oberst in einem Zustand nervöser Depression befand. Nachdem der Präsident ihn beruhigt hatte, fuhr der Oberst zur Erholung nach seinem Gut. Oberst Schumski und der Leutnant sind disziplinarisch bestraft worden. Im Hinblick auf die Zukunft erklärte der Minister, er sei der festen Zuversicht, daß zwischen dem Heer und seiner Führung das beste Einvernehmen besteht und bestehen wird.

★

Die Erweiterung des litauischen Kabinetts gescheitert.

✕ **Kowno,** 29. Jan. Der Führer der christlich-demokratischen Partei Dr. Bistras, dessen Name im Zusammenhang mit dem Putschversuch vom Sonntag und den Verhandlungen über die Erweiterungen des Kabinetts Woldemaras genannt wurde, ist einer Meldung zufolge mit drei Begleitern über die ostpreußische Grenze entflohen, um der drohenden Verhaftung zu entgehen. Im Zusammenhang mit diesem Vorgang hat die Regierung weitere Verhandlungen mit den Parteien über eine Verbreiterung der Basis des Kabinetts als nicht mehr erwünscht bezeichnet.

★

Unterredung Briand-Chlapowski.

)!(**Paris,** 29. Nov. Der französische Außenminister Briand hat heute vormittag den hiesigen polnischen Botschafter Chlapowski empfangen. Die Unterredung bezog sich vor allem auf die polnisch-litauischen Differenzen. Einzelheiten über die Aussprache waren bisher nicht zu erfahren, doch nimmt man an, daß die polnische Note im Mittelpunkt der Aussprache gestanden und die Billigung der französischen Regierung gefunden habe

★

England im Wilna-Konflikt passiv?

:?: **London,** 29. Nov. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" stellt heute die Teilnahme des britischen Gesandten an den diplomatischen Schritten in Kowno mit dem Bemerken in Abrede, die britische Regierung habe seit dem vorigen Jahr keine diplomatische Intervention vorgenommen. Trotzdem werde von England zugegeben, daß von keiner litauischen Regierung ein formeller und endgültiger Verzicht auf Wilna erwartet werden könne. Eine Lösung sei durch ein großzügiges Kompromiß möglich.

★

Die polnische Antwort auf Rußlands Interventionsnote.

✓ **Moskau,** 29. Nov. Der polnische Gesandte Patek ist heute dorthin zurückgekehrt und hat Tschitscherin die polnische Antwort auf die russische Note zum polnisch-litauischen Konflikt überreicht. Die polnische Note, in der die „friedfertige Politik" Polens betont wird, ist im Ton sehr ruhig, macht aber keine positiven Vorschläge zur Lösung des Konfliktes.

Politische Ausschreitungen in einer Kirche bei Wilna.

Wilna, 29. Nov. In einer Kirche von Swienoane bei Wilna, wo sich stärkste litauische Bevölkerung befindet, kam es gestern zu einem aufregenden Zwischenfall. Ein Teil der anwesenden Litauer erhob die Forderung, daß die Predigt in litauischer Sprache abgehalten werden solle. Es kam zu einer Störung des Gottesdienstes. Die polnische Polizei verhaftete fünf litauische Emissäre.

★

Das Interesse Deutschlands.

Von unserer Berliner Redaktion.

✓ **Berlin,** 29. Nov. (Drahtb.)

Es wäre falsch, sagen zu wollen, daß Deutschland an der Weiterentwicklung des polnisch-litauischen Konflikts

[illegible] Denn es kann uns darf uns nicht gleichgültig sein, ob an unseren Ostgrenzen etwa die Fackel des Krieges entzündet wird und der politische status quo gewaltsam verschoben würde. Falls z. B. die Selbständigkeit Litauens vernichtet würde, so wäre die Verbindung Deutschlands mit Rußland unterbrochen und namentlich wäre auch Ostpreußen schwer gefährdet. Es versteht sich darum von selbst, daß sich Deutschland, soweit es in seiner Kraft steht, in Genf für die Aufrechterhaltung des Friedens im Osten einsetzen wird. Damit handeln wir nur in unserm eigenen Interesse und keineswegs vielleicht etwa aus übertriebener Sympathie für Litauen. Es ist nur zu bekannt, daß die litauische Regierung alles weniger als deutschfreundlich eingestellt ist, wie schon allein die Behandlung der Memelbevölkerung beweist. Die Vorwürfe, welche Litauen gegenüber Polen erhebt, zeigen eine gewisse Doppelmoral, denn Litauen treibt es mit den Memeldeutschen wahrlich nicht besser als Polen mit den auf seinem Staatsgebiet wohnenden Litauern. Diese Feststellung soll uns aber trotzdem nicht abhalten, zu erklären, daß Litauen mit seinen Beschwerden ziemlich im Recht ist, vor allem was das Wilna-Gebiet angeht. Den Polen ist der litauische Protest begreiflicherweise sehr unbequem und darum suchen sie sich jetzt mit einer Zirkularnote rein zu waschen. Sie schieben einfach alle Schuld auf Litauen, das sich angeblich noch immer als im Kriegszustand mit Polen befindlich betrachtet. Warschau beliebt mit seiner Darstellung Ursachen und Wirkung raffiniert zu vertauschen. Der Grund der ganzen Entfremdung zwischen den beiden Staaten liegt aber bekanntlich in der Wegnahme Wilnas durch Polen. Bei dem bitteren Groll, welchen Litauen gegen Polen wegen dieses Gewaltaktes dauernd hegt, ist es einigermaßen zweifelhaft, ob es der „diplomatischen Feuerwehr" in Genf gelingen wird, den glimmenden Kriegsfunken im Osten völlig zu löschen.

Die Tagung des Reichsparteivorstandes.

Von unserer Berliner Redaktion.

÷ **Berlin, 29. November.** (Drahtber.)

Ueber die am Montag in Berlin stattgefundene Sitzung des Reichsparteivorstandes des Zentrums können wir in Ergänzung unseres gestrigen Berichtes noch folgende Einzelheiten mitteilen:

Der Parteivorstand erkannte einmütig an, daß die Ausführung der Abmachungen mit der Bayrischen Volkspartei von den Zentrumsleuten im rechtsrheinischen Bayern und in der Pfalz Opfer verlangt; insbesondere würdigte er die von den anwesenden Vertretern der Zentrumsorganisation der Pfalz und des rechtsrheinischen Bayerns vorgebrachten Bedenken und Wünsche. Wenn sich die anwesenden Mitglieder des Parteivorstandes einstimmig für die Annahme der Regensburger Beschlüsse aussprachen, so geschah dies in dem Bewußtsein, daß das jetzt bereits Erreichte einen erfreulichen Schritt zur politischen Einheit der deutschen Katholiken ist, ein Ziel, das ja auch den betroffenen Zentrumsanhängern erstrebenswert sei und stets sein werde. Im übrigen wurde von den Vertretern aus dem rechtsrheinischen Bayern und der Pfalz anerkannt, daß bei loyaler Durchführung der Vereinbarungen die parlamentarische Vertretung der bayrischen Zentrumsanhänger im Reich und im Lande auch künftig in gebührendem Ausmaß gesichert ist. Es wurde zugesagt, daß der an zweiter Stelle der in der Pfalz für die Reichstagswahlen geltenden Einheitsliste „Zentrum und Bayrische Volkspartei" stehende Zentrumskandidat einen bevorzugten Platz auf der Reichsliste des Zentrums erhält. Ferner wurde eigens festgelegt, daß die Landesparteileitung des Zentrums im rechtsrheinischen Bayern in dem Ausschuß, der die nähere loyale Durchführung der Vereinbarungen zu überwachen hat, einen Vertreter zu benennen hat. Der Parteivorstand beschäftigte sich auch mit dem Reichsschulgesetz und drückte seine feste Erwartung aus, daß die Reichstagsfraktion des Zentrums und die Mitglieder des Bildungsausschusses, deren Bemühungen volle Anerkennung fanden, wie bisher mit aller Kraft und allem Nachdruck dahin wirken werden, das Reichsschulgesetz auf dem Boden der in der Verfassung gewährleisteten Gewissensfreiheit und des Elternrechts alsbald zu verabschieden.

Dr. Heims Anteil an der Regensburger Vereinbarung.

kp. **Bochum, 29. Nov.** In einer Rede vor den Vertrauensleuten der Bochumer Zentrumspartei äußerte sich der Reichstagsabgeordnete Joos in bemerkenswerter Weise über das Verhältnis zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum, das durch die Regensburger Verhandlungen auf eine neue Grundlage gestellt worden sei. Diese Verhandlungen, die im Hause Dr. Heims stattgefunden, hatte Joos mitgeführt. Dr. Heim, der ja bekanntlich den Bruch zwischen Zentrum und Bayrische Volkspartei veranlaßt habe, sei heute lebhaft bemüht, ein besseres Verhältnis zwischen den beiden Parteien wieder herzustellen.

Eine neue Rede Schachts.

Wirtschaftstagung des Hansa-Bundes.

◇ **Berlin, 29. Nov.** Der Wirtschaftspolitische Gesamtausschuß des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie trat heute in Berlin zu einer Tagung zusammen, um zu den finanzpolitischen Gegenwartsfragen Stellung zu nehmen.

Der Präsident des Hansabundes, der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer-Köln, sprach über die finanzpolitischen Gegenwartsfragen. Der Redner kritisierte zunächst den neuen Reichshaushaltsplan. Entscheidend für die Betrachtung des künftigen Haushaltsjahres, so betonte er, sei die Frage, ob tatsächlich, wie der Reichsfinanzminister annehme, das von ihm auf 942 Millionen geschätzte Mehr an steuerlichen Einnahmen ohne Steuererhöhungen erreicht werden könne. Das sei nicht der Fall. Der Reichsfinanzminister benötige zum Ausgleich des Haushaltes 1928 steuerliche Mehreingänge von 1142 Millionen. Er habe die Empfindung, so erklärte der Redner, daß sich die Reichsfinanzverwaltung bei ihren Einnahmeschätzungen von der Wirklichkeit allzu sehr entferne. Reich, Länder und Gemeinden würden bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Finanzpolitik im Jahre 1928 nicht nur keine Steuersenkung durchführen können, sondern sie würden eine umfassende allgemeine Steuererhöhung vorzunehmen haben. Redner wandte sich dann gegen den geltenden Finanzausgleich. Daß in vielen deutschen Gemeinden, sagte er weiter, in den letzten Jahren eine Ausgabenwirtschaft getrieben worden sei, die mit den aufgezwungenen Notwendigkeiten zu äußerster Sparsamkeit nicht in Einklang zu bringen sei, werde auch der eifrigste Vertreter der Kommunalwirtschaft praktisch nicht leugnen können. In Zukunft müsse neben der bevorzugten Anspruchsberechtigung des Reiches vor allen Dingen die der Gemeinden stehen und erst dann dürfe geprüft werden, was der Wirtschaft an steuerlichen Leistungen für die Länder noch zugemutet werden könne. Die Denkschrift des Hansabundes sei in der Oeffentlichkeit dadurch diskreditiert worden, daß man die Einrichtung einer Stelle außerhalb des Parlamentsbetriebes und des Verwaltungsapparates zu Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen für die notwendige Neuordnung unter das Stichwort „Finanzdiktator" gestellt habe. Diese Kennzeichnung sei durchaus falsch. Gefordert werde ein Ausschuß von Sachverständigen zur Prüfung der Sachlage. Wir würden wohl noch auf absehbare Zeit neue Schulden machen müssen, um die Zins- und Amortisationsquoten der bestehenden Schulden aufzubringen. Nur der Steuerabbau werde eine planmäßige Preissenkung herbeiführen können.

Im Verlaufe der Aussprache ergriff Reichsbankpräsident Dr. Schacht das Wort. Er betonte, daß er größtes Gewicht auf eine Aussprache über die von Dr. Fischer angeschnittenen Fragen lege. Er habe andererseits den Wunsch, nachzukontrollieren, da er sich nicht für unfehlbar halte, ob die Reichsbank mit ihrer Politik auch auf dem richtigen Wege sei. Er habe von der Aussprache den Eindruck, daß diese Dinge in der Oeffentlichkeit alle viel zu sehr unter dem Gesichtspunkte der Sensation behandelt würden. Dazu seien die Dinge aber viel zu ernst. Das habe sich auch bei der Wiedergabe seiner Bochumer Rede gezeigt. Alles sei unter dem Gesichtspunkte gerichtet worden: „Der Reichsbankpräsident ist gegen die kommunale Wirtschaft eingestellt." Auch im übrigen werde vielfach nicht auf die sachlichen Momente eingegangen, sondern auf irgendwelche sensationellen Dinge, Skandälchen usw. So interessiere die Oeffentlichkeit alles viel mehr, als das ungeheuer ernste Problem, vor dem wir stünden. Wenn er für die Landwirtschaft eintrete, dann heiße es, der Mann ist reaktionär und womöglich Antisemit geworden. Es handele sich aber darum, von Reden zu Taten überzugehen. Seit Jahren habe die Reichsbank ständig auf diese Dinge hingewiesen und sie auch der Oeffentlichkeit übergeben. Aber es habe keinen Menschen interessiert. Es bedürfe daher energischer Reden, um auch den Willen zur Tat zu wecken. Ueber diese Dinge müsse in der Oeffentlichkeit gesprochen werden, weil wir in der derzeitigen demokratisch-parlamentarischen Verfassung des Deutschen Reiches nicht zu Taten kämen, wenn nicht die gesamte Bevölkerung von diesen Problemen durchdrungen werde. Wir sind, so betonte Dr. Schacht, aus den Zeiten des Obrigkeitsstaates heraus und wir können die verhältnismäßige Ruhe, den verhältnismäßig sachlichen Fortschritt der früheren Zeiten nur wieder erringen, wenn die ganze Bevölkerung mitarbeitet und zu einem einheitlichen geschlossenen Willen kommt. Dabei kommt es nicht so sehr auf die Parteizugehörigkeit an. Wir werden diesen Problemen in Deutschland nicht gerecht werden, wenn wir nicht auf allen Seiten den Willen zu gesunder Wirtschafts- und Finanzführung aufbringen. Das deutsche Volk und das Deutsche Reich dürfen nicht bankerott werden und sie werden nicht bankerott werden, weil ich die feste Ueberzeugung habe, daß wir den Willen aufbringen, in diese Dinge hineinzugehen. Wir wollen unsere eigene Kontrolle schaffen. Das Ausland werde uns viel mehr Kredit und Vertrauen schenken, wenn wir diesen festen Willen bewiesen. „Zeigen Sie mir," so schloß Dr. Schacht, „in ganz Europa noch einmal ein Volk, das durch seinen eisernen Fleiß und auch nicht zuletzt durch seine Opferwilligkeit solch festen Charakter gezeigt hat wie das deutsche Volk. Wir wollen dafür sorgen, daß unser Kredit gesund bleibt, indem wir eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik treiben."

*

Oberbürgermeister Dr. Boeß über die Anleihepolitik der Städte.

◆ **Berlin, 29. Nov.** In der heutigen außerordentlichen Sitzung des Berliner Stadtparlaments führte Oberbürgermeister Dr. Boeß im Namen des Magistrats zu der Bochumer Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht u. a. folgendes aus: Ich kann mir nicht denken, daß Dr. Schacht eine Politik treiben will, die die Städte zwingt, ihre Werke zu verkaufen. Es würden als Käufer doch nur Ausländer in Frage kommen. Reich und Länder haben in jahrelanger Arbeit gesorgt, daß die Werke in deutsche Hand gelangten, so beispielsweise, als man die englischen Gaswerke kaufte. Ich bin davon überzeugt, daß Dr. Schacht die Sorge um die Währung zu seinen Ausführungen getrieben hat. Doch glaube ich, daß ihm dabei ein Gedankenfehler unterlaufen ist, und nehme an, daß er sich bereits auf dem Wege der Erkenntnis befindet. So hat er bis jetzt bereits erklärt, Verhandlungen mit den deutschen Städten über den Aufbau ihrer Werke und über ihre Anleihepolitik zu führen. Dr. Boeß wies dann nach, daß der Vorwurf Dr. Schachts bezüglich der Luxusausgaben deutscher Gemeinden auf Berlin nicht zutreffe.

Wiederzusammentritt des Landtages.

◆ **Berlin, 29. Nov.** Am Donnerstag wird der Preußische Landtag wieder zu Plenarverhandlungen zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht die Beamtenbesoldung und die Fortsetzung der Landgemeindeordnung. Da die Vorberatung des Besoldungsgesetzes im Ausschuß noch nicht abgeschlossen ist, wird das Gesetz jedoch in dieser Woche noch nicht im Plenum verhandelt werden können. Auch das Schicksal der Landgemeindeordnung ist sehr zweifelhaft. Es bleibt abzuwarten, ob die Opposition den Versuch wiederholen wird, das Haus beschlußunfähig zu machen.

Um das Steuervereinheitlichungsgesetz.

)!(**Berlin, 29. Nov.** Die Verhandlungen des Reichsrats über das Steuervereinheitlichungsgesetz sind wegen der Dringlichkeit der Beratung des Etats für 1928 unterbrochen worden, nachdem bisher das Grundsteuer- und Gewerberahmensteuergesetz beraten und erledigt wurden. Es stehen noch aus: Das Gebäudeentschuldungsgesetz und das Steueranpassungsgesetz, und es ist nicht anzunehmen, daß die Weiterberatung der Vorlage vor Anfang nächsten Jahres aufgenommen werden kann. Gegenüber dem Gerücht, daß eine Ländermehrheit im Reichsrat, darunter auch Preußen, sich für eine Zurückziehung des Steuervereinheitlichungsgesetzentwurfs ausgesprochen hätte, erfährt das V. D. Z.-Büro an zuständiger preußischer Stelle, daß die preußische Regierung sich auch weiter wie bisher energisch für die Erledigung des Gesetzes einsetze.

Die Preissteigerungen.

✕ **Berlin, 29. Nov.** Der preußische Handelsminister hat auf eine Anfrage über Preiserhöhungen der Einzelhändler aus Anlaß der Besoldungserhöhung der Beamten u. a. geantwortet, daß der Staatsregierung bekannt sei, daß bei wichtigen Versorgungsmitteln in der letzten Zeit Preissteigerungen eingetreten sind. Sie wende dieser Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zu, könne aber nicht feststellen, daß die Preissteigerungen andere als in gestiegenen Einkaufspreisen und Unkosten bedingte wirtschaftliche Ursachen haben. Da allgemeine Vereinbarungen über Preisgestaltung im Einzelhandel nicht in Frage kämen, würde jeder Versuch einzelner Geschäftsleute aus Anlaß der Erhöhung der Beamtengehälter die Warenpreise zu erhöhen, vom Wettbewerb wirksamer bekämpft werden als durch staatliche Zwangsmittel.

Parker Gilberts Jahresbericht.

✕ **Berlin, 29. Nov.** Der Generalagent für Reparationen, Parker Gilbert, ist gegenwärtig dabei, den Jahresbericht über das vergangene Reparationsjahr abzuschließen. Wahrscheinlich schon in der nächsten Woche wird, wie die „B. Z." berichtet, Parker Gilbert seinen Jahresbericht der Reichsregierung zuleiten. Er wird dann alsbald der Oeffentlichkeit übergeben werden. Wie die „B. Z." wissen will, haben inzwischen Verhandlungen zwischen Dr. Köhler und Parker Gilbert stattgefunden. Am 3. Dezember tritt auch nochmals der Reparationsausschuß der Reichsregierung einschließlich seiner parlamentarischen Mitglieder zusammen. Im Anschluß daran wird der Reichsfinanzminister nochmals eine Besprechung mit Parker Gilbert haben, die den Abschluß des mündlichen Gedankenaustausches vor der Ueberreichung des Jahresberichtes darstellen dürfte.

Das Minderheitsschulproblem in Polen.

△ **Kattowitz, 29. Nov.** Die polnische Presse hatte verschiedentlich behauptet, daß die Stellungnahme des Präsidenten Calonder zu der Frage der Eröffnung der Minderheitsschulen in Gieraltowitz im Widerspruch zu der Resolution des Völkerbundsrats vom 12. März 1927 stehe. In einer Zuschrift an die polnische Presse erklärt Calonder, die Anwendung der angeführten Resolution komme nicht in Frage, weil es sich nicht um Anmeldungen zu bestehenden Minderheitsschulen, sondern um die Errichtung einer neuen Minderheitsschule handele. Die Resolution behandele die Frage, ob Kinder, die für eine schon eröffnete Minderheitsschule angemeldet wurden und diese Schule besuchen, aus pädagogischen Gründen wegen unzureichender Kenntnis der deutschen Sprache in die polnische Mehrheitsschule zu versetzen sind. Durch diese Resolution seien in dieser Hinsicht für das Schuljahr 1926/27 Sprachprüfungen angeordnet. Durch Interpretationsbeschluß des Berichterstatters des Völkerbundsrates seien diese Prüfungen auch für das Schuljahr 1927/28 als zulässig anerkannt. An der Minderheitsschule in Gieraltowitz, die nach seiner Meinung unverzüglich zu eröffnen sei, könnten demnach im Laufe des Schuljahres 1927/28 Sprachprüfungen beantragt werden. Zunächst aber müsse diese Minderheitsschule erst eröffnet und in Betrieb gesetzt sein.

Diese Erklärung des Präsidenten Calonder stellt einen offenen Rückzug dar und weicht erheblich von der deutschen Auffassung ab, denn nach den klaren Bestimmungen des Genfer Abkommens muß naturgemäß der Wille der Erziehungsberechtigten nicht nur bei der Anmeldung von Anträgen auf Errichtung einer neuen Schule, sondern überhaupt für alle Anmeldungen auch bestehender Schulen maßgebend sein. Die neue Erklärung des Präsidenten Calonder bringt daher neuen Wirrwarr in den Schulkonflikt, so daß eine völlige Klärung der strittigen Auffassungen bei der nächsten Völkerbundstagung in Genf von deutscher Seite unbedingt wird herbeigeführt werden muß, sonst kann nicht verhindert werden, daß durch neue Verzögerungen die deutsche Minderheit inn Ostoberschlesien allmählich ihres im Genfer Abkommen garantierten Selbstbestimmungsrechtes über die Erziehung ihrer Kinder gänzlich beraubt wird.

Die belgische Regierungserklärung.

△ **Brüssel, 29. Nov.** Ministerpräsident Jaspar verlas in der Kammer die Regierungserklärung, in der es heißt: Die neue Regierung ist gewillt, den finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau zu vollenden und das Problem der Reorganisation der Armee zu lösen. Sie wird das Werk internationaler Zusammenarbeit und Befriedung fortsetzen und alle Anstrengungen machen, um zu einer Vollendung der Revision der Verträge von 1839 zu gelangen und dafür sorgen, daß unsere wesentlichen Interessen, namentlich hinsichtlich unserer Ausgänge nach dem Meer und dem Rhein geschützt werden. Das Werk der wirtschaftlichen Expansion wird fortgesetzt werden. Das gesamte belgische Gebiet muß gegen Einbruch oder Besetzung von außen geschützt werden. Dies wird durch die Festigkeit der Verteidigungsmittel geschehen, die zusammen mit den Verträgen eine Bürgschaft für die Unverletzbarkeit des Bodens Belgiens bilden. Die Regierung wird schließlich eine Vorlage für das Grenzverteidigungssystem einbringen und einen aus Parlamentariern und Militärs gebildeten gemischten Ausschuß einsetzen, der alle die Heeresorganisation und namentlich die Dienstzeit betreffenden Fragen prüfen wird. Auf Grund seiner Schlußfolgerungen wird die Regierung dem Parlament Gesetzesentwürfe vorlegen. Zur Ausführung der von der Regierung geplanten großen öffentlichen Arbeiten wird keine neue Anleihe notwendig sein. Die Kosten werden durch einen Teil der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen gedeckt werden.

Deutsches Reich.

Erkrankung des Abg. Silberschmidt.

:: **Berlin, 29. Nov.** In der heutigen Sitzung des sozialpolitischen Reichstagsausschusses teilte der Vorsitzende mit, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Silberschmidt am Montag einen Schlaganfall erlitten habe.

Medizinalrat Dr. Thiele wird vom Wohlfahrtsministerium übernommen.

△ **Berlin, 28. Nov.** Nach dem Tode des früheren Reichspostministers Höfle kam es bekanntlich zu einem Disziplinarverfahren gegen den leitenden Arzt des Lazaretts im Moabiter Untersuchungsgefängnis, Medizinalrat Dr. Hans Thiele. Es wurde auf Versetzung in ein Amt von gleichem Range erkannt. Dr. Thiele wird nun zum 1. April nächsten Jahres vom Wohlfahrtsministerium übernommen, wo er einen Posten als Kreisarzt und Medizinalrat erhalten wird, wie er ihn schon vor seiner Tätigkeit in Moabit längere Jahre innehatte.

Kleine Auslandsnachrichten.

Botschafter von Hoesch bei Briand.

卍 **Paris, 29. Nov.** Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte heute nachmittag eine Unterredung mit Außenminister Briand. Sie diente dem Meinungsaustausch über verschiedene Fragen, die auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates in Genf zur Erörterung kommen dürften.

Hinrichtungen in Spanien.

△ **Saragossa, 28. Nov.** Die drei wegen eines Ueberfalls auf einen Kassenboten zum Tode verurteilten Räuber, deren Begnadigung von der Regierung abgelehnt worden war, sind heute früh hingerichtet worden.

Ernste Lage in und um Kanton.

:: **London, 29. Nov.** Wie die hiesigen Zeitungen erfahren, herrscht der Terror im Küstengebiet östlich von Kanton, wo die Kommunisten tausende von Personen niedergemetzelt hätten. In der Stadt selbst sollen die unzufriedenen Streikenden etwa 30 Häuser in Brand gesteckt haben.

Deutsche Bauausstellung.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin, 29. November.** (Drahtb.)

Mit der „Deutschen Bauausstellung Berlin 1930", die sich auf mehrere Jahre erstrecken soll, scheint es nun tatsächlich ernst zu werden. Der Vertrag zwischen dem „Verein Bauausstellung" und der Stadt Berlin konnte abgeschlossen werden, nachdem die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Betrag von sechs Millionen Mark für die Errichtung der Halle genehmigt hat. Der Bauverein gab am Dienstag zum erstenmal offiziell seine Pläne kund. Der Vorsitzende teilte nämlich mit, daß es sich um eine gesamtdeutsche Ausstellung aller am Bauwesen beteiligten Kreise handle, so daß also Baustoffindustrie, Baugewerbe und Bauindustrie, Baumaschinenindustrie, Ingenieurwesen, Handel, Handwerk, Baukunst, Kunstgewerbe, sowie die einschlägigen Wissenschaften vertreten sein werden. Die Ausstellung trägt den Charakter der Sparsamkeit in der Bauwirtschaft, da diese zahlreichen Ausstellungsveranstaltungen aller Art bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unangebracht erscheinen. Deshalb soll eine einzige, laufende Ausstellung geschaffen werden. Jährliche Aktualisierungen sollen verhindern, daß die einzelnen Ausstellungszweige einen museumsartigen Charakter bekommen und etwa dadurch an Zugkraft einbüßen. Die Bauausstellung wird sich aufbauen aus den vier großen Gruppen: Baustoffe, Bauausführung, Baukunst und Wissenschaft, Lehrwesen. Zur Erlangung geeigneter Entwürfe für die baulichen und sonstigen Anlagen der Ausstellung wird, sobald die Stadt Berlin die Vorarbeiten abgeschlossen hat, ein allgemeiner Wettbewerb unter den deutschen Architekten ausgeschrieben werden. Es handelt sich dabei um eine sehr reizvolle Aufgabe, denn es steht ein Gelände von 150 000 Quadratmetern zur Verfügung, von welchem etwa ein Drittel mit Gebäuden bedeckt werden soll, während die übrige Fläche mit Gartenanlagen versehen wird. Weiterhin wurde betont, daß es sich keineswegs um eine Zentralisierung des Messewesens handle, etwa um Leipzig, Köln oder Frankfurt a. M. Abbruch tun. Auch der Reichswirtschaftsminister sei mit dem Projekt durchaus einverstanden. Eine der vornehmsten Aufgaben der Ausstellung werde die sein, die in der Ausstellung liegenden Ausbildungsmöglichkeiten für alle am Bauwesen beteiligten Berufskreise vom Handlanger bis zum leitenden Architekten und Ingenieur nutzbar zu machen. Durch die ständige Ausstellung werde auch ein Institut geschaffen, das ein Forschungs- und Lehrinstitut von internationaler Bedeutung werden soll. Die Künstlerschaft wird sich übrigens bald eine eigene Organisation schaffen, die über die Erweiterungsausstellungen, welche Abwechselung in das rein Fachliche bringen sollen, zu bestimmen hat.

Die Schießangelegenheit in der Schweriner Mittelschule.

○ **Schwerin, 29. Nov.** In der heutigen Landtagssitzung gab vor Beginn der Verhandlungen Unterrichtsminister Dr. Möller Mitteilungen über die Schießereien in der Mittelschule in der Beethovenstraße. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß ein Schüler am 15. November vor Beginn des Unterrichts einen Schuß mit einer Pistole abgegeben habe, der die Tür des Klassenschrankes traf, und daß drei weitere Schüler im Besitz von Pistolen sind. Ein Schüler hat eine Schußverletzung beim Waffenhändler, ein anderer zu Hause erhalten. Beide Verletzungen sind nicht erheblich. Außerdem haben fünf Schüler derselben Klasse, angeregt durch die Vorstellungen in einem Varieté, mit Messern und anderen scharfen Gegenständen nach der Klassentür der Klassenschranktür, dem Papierkorb und den Schulbänken geworfen.

Schon am 19. Nov., einige Tage vor dem Erscheinen des Artikels in einem Berliner Blatt, hat die Schule die vier Schüler, die im Besitz einer Pistole sind, wegen unerlaubten Waffenbesitzes, den Schüler, der in die Klassenschranktüren geschossen hat, auch wegen Sachbeschädigung, sowie den Waffenhändler wegen des Verkaufs von Schußwaffen an Minderjährige bei der Amtsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Die Ermittelungen werden fortgesetzt.

Vermischte Nachrichten.

Die Arbeitszeitverhandlungen.

✠ **Düsseldorf, 29. Nov.** Heute fanden unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Dr. Joetten die ersten Verhandlungen über die Arbeitszeit zwischen Vertretern der Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe und den Arbeitnehmern statt. Die drei Gewerkschaften unterbreiteten Forderungen, die im einzelnen von einander abwichen. Der Vorsitzende empfahl den Gewerkschaften, einheitliche Forderungen einzureichen. Die Verhandlungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Die Reparationsbetrügereien.

:: **Heidelberg, 29. Nov.** Nach Vernehmungen durch die Staatsanwaltschaft in der Heidelberger Reparationsschwindelsache wurde der Schreinermeister Krummholz aus Bergzabern, der verschiedene pfälzische und badische Firmen für die Holzhauslieferungen interessiert und mit dem Heidelberger Kaufmann Philipp zusammengebracht hatte, in Haft genommen.

Von einem Posten erschossen.

:: **Stettin, 29. Nov.** Wie das Wehrkreiskommando mitteilt, ist gestern abend von einem Posten beim ehemaligen Traindepot Altdamm ein Depotarbeiter erschossen worden. Der Posten hörte bei völliger Dunkelheit an einem der Wagenhäuser ein verdächtiges Geräusch und glaubte Einbrecher vor sich zu haben. Als er auf mehrfaches Anrufen und auf die Androhung, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, keine Antwort erhielt, gab er zunächst einen Schuß in die Luft ab. Nach diesem Schuß hörte der Posten ein leises Geräusch in nächster Nähe. Jetzt gab er in Richtung auf das Geräusch einen Schuß ab, welcher den Depotarbeiter tötete. Wie sich später herausstellte, war der Arbeiter mit dem Beladen eines kleinen Handwagens beschäftigt. Die Untersuchung über den Vorfall ist eingeleitet.

Schweres Autounglück in Tirol.

:?: **Salzburg, 28. Nov.** Unweit Loser geriet gestern infolge Vereisung das Auto eines Grundbesitzers aus Loser ins Schleudern, überschlug sich mehrmals und stürzte schließlich über eine vier Meter hohe Mauer in die Altache. Von den sechs Insassen des Autos wurde einer getötet und einer schwer verletzt, während die übrigen leichtere Verletzungen erlitten.

Erdrutsch beim Bahnbau.

◇ **Graz, 29. Nov.** Beim Bahnbau Feldbach—Gleichenberg ereignete sich heute nachmittag bei Bad Gleichenberg durch einen Erdrutsch ein folgenschweres Unglück, bei dem 8 Arbeiter getötet und 5 verletzt wurden. Die Bauarbeiten wurden von einer Arbeitsgemeinschaft von Wiener und steierischen Bauunternehmungen durchgeführt.

Festnahme von Eisenbahnräubern.

✕ **Prag, 29. Jan.** In Mähren wurde eine aus sieben jungen Arbeitslosen bestehende Räuberbande festgenommen, die in der letzten Zeit in Mähren aus plombierten Eisenbahnwagen Waren im Werte von vielen hunderttausend Kronen geraubt hat.

Die Pensionserhöhungen.

× **Berlin**, 29. Nov. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag die Beratung der Pensionen im Abschnitt V der Besoldungsvorlage fortgesetzt. Das Zentrum und die Bayrische Volkspartei beantragten Pensionserhöhungen nur bis zu einem Grundgehalt von 12000 Mark vorzunehmen und bei 6 bis 12000 16 Prozent Erhöhung zu gewähren. Die Kommunisten beantragten, alle Pensionäre in die Besoldungsordnung aufzunehmen, die Höchstpensionen aber nicht zu erhöhen. Ministerialrat Sbrzerny legte noch einmal die Schwierigkeit dar, die Altpensionäre in die neue Besoldung einzureihen. Ohne Einreihungsübersicht würde man jedoch mit einer großen Anzahl von Prozessen zu rechnen haben. Die Pensionäre seien tatsächlich in demselben Ausmaß wie die aktiven Beamten bedacht. Der Reichsfinanzminister habe in Magdeburg nicht mehr versprochen, und sein Wort sei durchaus eingelöst worden. Bei den Abstimmungen wurde u. a. der Zentrumsantrag, nur bis zu einem Grundgehalt von 12000 RM. eine Pensionserhöhung eintreten zu lassen, abgelehnt. Angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, wonach die Paragraphen 24 bis 33 des Regierungsentwurfes gestrichen werden und an ihre Stelle die Vorschrift gesetzt wird, daß die Bezüge der in den einstweiligen und der seit dem ersten April 1920 in den dauernden Ruhestand versetzten Beamten, sowie die Bezüge der Hinterbliebenen dieser Personen und der seit dem 1. April 1920 im Dienst verstorbenen Beamten mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 neu festgesetzt werden. In der weiteren Abstimmung wurde Paragraph 25 des gemeinsamen Antrages der Deutschen Volkspartei durch die Annahme eines sozialdemokratischen Zusatzantrages, der bei einem Grundgehalt von mehr als 6000 Reichsmark bis einschließlich 12000 Reichsmark nur 12 Prozent Pensionsaufbesserung zubilligt, abgelehnt, da auch die Antragsteller dagegen stimmten. Dadurch entstehe eine Lücke im Gesetz, da auch Paragraph 25 der Regierungsvorlage nicht aufrechterhalten ist. Ferner wurde Paragraph 26 des erwähnten gemeinsamen Antrages genehmigt, ebenso die Paragraphen 27 bis 33a. Abg. v. Guérard beantragte, möglichst bald für heute oder morgen den Finanzminister herbeizurufen, damit dieser die Stellungnahme der Reichsregierung zu der wesentlich veränderten Regierungsvorlage und den Auswirkungen der heute gefaßten Beschlüsse bekannt gebe. Der Ausschuß stimmte diesem Antrage zu. Ministerialdirektor Dr. Lotholz erklärte, daß er den Finanzminister sofort benachrichtigen werde, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß die Vorlage von Regierungsseite in allen Einzelheiten begründet und daß danach eine beschlossene Aenderung nicht tragbar sei. Der Ausschuß stimmte dann den Bestimmungen der Regierungsvorlage über den Wohnungsgeldzuschuß zu und verhandelte dann über die Diätenordnung für die außerplanmäßigen Beamten.

Am Schluß der heutigen Sitzung erschien Reichsfinanzminister Dr. Köhler, um dem Ausschuß eine Erklärung abzugeben. Der Minister stellte fest, daß die Vorlage der Regierung in weiterem Umfange verändert worden sei. Er halte sich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Einstufung der Pensionäre und Altpensionäre Gegenstand besonderer Sorge und Prüfung der Reichsregierung gewesen sei. Die Reichsregierung sei bereit, den Wünschen im Rahmen des finanziell Möglichen entgegenzukommen, soweit es irgendwie tragbar sei, über den gegebenen finanziellen Gesamtrahmen aber hinauszugehen, sei der Reichsregierung nicht möglich. Entgegenkommend wolle er versuchen, mit dem Ausschuß darüber zu beraten, ob im Gesamtrahmen Verschiebungen möglich seien. Der Ausschuß vertagte dann die Weiterberatung auf Mittwoch. Die zweite Lesung der Vorlage wird wahrscheinlich am Sonnabend beginnen.

Landwirtschaftliche Fragen im Preußischen Landwirtschaftsausschuß.

◆ **Berlin**, 29. Nov. Der Landwirtschaftliche Ausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich mit Anträgen auf Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Zum Ausbau des ländlichen Volksschulwesens sollen u. a. die technischen und naturwissenschaftlichen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse behandelt werden. Nach Abschluß der Besoldungsregelung soll eine Aenderung der Sachunterhaltung zu besserer Entlastung der ländlichen und sonstigen finanzschwachen Schulverbände vorgenommen werden. Inbezug auf das Fortbildungsschulwesen beschloß der Ausschuß: Das obligatorische Fortbildungsschulwesen ist für Knaben auch auf dem Lande vom 14.—18. Lebensjahr in den Wintermonaten November bis Februar durchzuführen. Den Kreisen ist dringend zu empfehlen, in ähnlicher Weise auch Fortbildungsunterricht für Mädchen einzurichten. Ferner soll möglichst jeder Landkreis mit einer landwirtschaftlichen Winterschule für berufliche Fortbildung ausgestattet werden. In den Volkshochschulen sind Lehrgänge auch mit öffentlichen Mitteln zu fördern, die im besonderen die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung behandeln. Es sollen ferner geeignete staatliche Domänen als Musterwirtschaften zur Verwendung für Lehrzwecke ausgebaut werden. Alle Bestrebungen sind zu fördern durch Bildung von Genossenschaften, um kleinen und mittleren Landwirten die Verwendung zweckmäßiger Maschinen und Geräte zu ermöglichen. Bei Verwertung der landwirtschaftlichen Produktion ist der Weg vom Produzenten zum Konsumenten abzukürzen.

Eine weitere Ermäßigung der Frachttarife für landwirtschaftliche Produkte ist anzustreben. In Bezug auf das ländliche Siedlungswesen war der Ausschuß der Ansicht, daß die Ziele der geltenden Siedlungsgesetze durch vermehrte landwirtschaftliche Neusiedlung, sowie durch vermehrte Hergabe von Pachtland an landbesitzlose Gemeindeangehörige durchgeführt werden sollen. Auf deutschnationalen Antrag wurde hinzugefügt, daß diese Ziele nur schnell und sicher erreicht werden können, wenn die Rentabilität der Landwirtschaft durch handelspolitische Maßnahmen gesichert wird, wenn Siedlungsland in größerem Umfang besonders in den gefährdeten Grenzländern zur Verfügung gestellt wird und wenn den Siedlern ein zinsloser Einrichtungskredit in ausreichender Höhe gewährt wird.

Der neue Chorzow-Prozeß.

Haag, 28. Nov. Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof fand heute die öffentliche Verhandlung über die deutsche Interpretationsklage in der deutsch-polnischen Chorzow-Angelegenheit statt. Es handelt sich hierbei um die Auslegung zweier früheren, in der Chorzow-Angelegenheit von dem Ständigen Internationalen Gerichtshof erlassenen Entscheidungen.

Nachdem die beiden nationalen Richter Deutschlands und Polens, Professor Rabel (Berlin) und Professor Ehrlich (Lemberg), auf die Satzungen vereidigt worden waren, bestritt Professor Dr. Erich Kaufmann (Berlin) die polnische Auffassung, wonach der Sinn und die Tragweite der fraglichen Entscheidungen so ausgelegt werden müßten, daß Polen das Recht behalten habe, um auf gerichtlichem Wege den zwischen der deutschen Regierung und den Oberschlesischen Stickstoffwerken am 24. Dezember 1919 getätigten Kaufvertrag und die als Folge dieses Vertrages im Grundbuch von Kattowitz erfolgte Eintragung der Oberschlesischen Stickstoffwerke A.-G. als Eigentümerin der Chorzwo-Werke für ungültig erklären zu lassen. Der Vertreter der polnischen Regierung erhob die Einrede der Unzuständigkeit des Internationalen Gerichtshofes. Außerdem müsse er bestreiten, daß zwischen der polnischen und der deutschen Regierung im vorliegenden Falle eine Meinungsverschiedenheit entstanden sei. Eine solche hätte erst formell festgestellt werden müssen. Da dies nicht geschehen sei, sei die deutsche Klage nach polnischer Auffassung unbegründet.

Nachdem der Gerichtshof beschlossen hatte, die Verhandlungen noch heute zu Ende zu führen, nahm Professor Kaufmann das Wort zu einer kurzen Replik auf die Ausführungen des polnischen Vertreters. Er betonte hierbei u. a., in der Chorzow-Angelegenheit sei die Eigentumsfrage endgültig entschieden und könnte von Polen nicht neuerdings durch das Eingreifen der polnischen Gerichte wieder in Zweifel gezogen werden. Der Gerichtshof behielt sich jedoch vor, von den Parteien eventuell noch nähere Auskünfte einzuholen.

Die Ankunft der Abrüstungsdelegationen in Genf.

:: **Genf**, 29. Nov. Heute vormittag ist die englische Abrüstungsdelegation, darunter eine große Anzahl militärischer Sachverständiger, unter Führung des neuernannten Delegierten Englands beim Völkerbund Lord Cushendun in Genf eingetroffen. Auch der Völkerbundsreferent beim quai d'Orsay, Graf Clauzel, ist heute früh angekommen. Paul-Boncour wird dagegen erst Mittwoch früh in Genf erwartet. Die Vorbereitende Abrüstungskommission tritt am Mittwoch vormittag um 11 Uhr in öffentlicher Sitzung zusammen. Die Erklärung, die die sowjetrussische Delegation voraussichtlich schon morgen abgibt, soll, wie verlautet, sehr umfangreich sein und eine Reihe genau präzisierter Anträge zur weiteren Durchführung der Abrüstung enthalten. Allgemein wird mit einer längeren Diskussion gerechnet, da die sowjetrussische Delegation auf einer gründlichen Auseinandersetzung über die von ihr eingebrachten Anträge bestehen wird. — Die Haltung der deutschen Delegation ist in großen Zügen bereits festgelegt. Die deutsche Delegation wird entsprechend ihrer bisherigen Stellungnahme mit Nachdruck eine aktive Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen und insbesondere den Eintritt in die zweite Lesung des Konventionsentwurfes fordern. Es muß damit gerechnet werden, daß von französischer und englischer Seite versucht werden wird, die weiteren Abrüstungsverhandlungen zu verschleppen und von dem Aufbau der Sicherheitsgarantien abhängig zu machen. Man will somit das Schwergewicht der Verhandlungen ausschließlich auf die Behandlung der Sicherheitsfrage konzentrieren. Es wird Aufgabe vor allem der deutschen Delegation sein, dieser Taktik mit größter Energie entgegenzutreten und eine aktive Durchführung der Abrüstungsverhandlungen zu fordern. Man darf annehmen, daß die deutsche Delegation hierbei die Unterstützung einiger anderer Delegationen finden wird. In Völkerbundskreisen rechnet man nunmehr allgemein damit, daß die Verhandlungen der Abrüstungskommission nicht, wie vorgeschrieben, bereits am Sonnabend zu Ende gehen, sondern voraussichtlich bis in die Mitte der nächsten Woche dauern werden.

Pilsudskis Reise noch unbestimmt.

O **Genf**, 29. Nov. Ob Marschall Pilsudski an der Tagung des Völkerbundes teilnehmen wird, steht immer noch nicht fest. In hiesigen maßgebenden Kreisen rechnet man in wachsendem Maße mit der Möglichkeit, daß Polen auf der bevorstehenden Ratstagung neben dem Außenminister Zaleski auch durch Pilsudski vertreten sein wird. Man glaubt, daß Pilsudski den Wunsch hat, auf der Ratstagung unter Führung der Großmächte Verhandlungen mit der litauischen Regierung über die Wilna-Frage zu führen.

Das russische Programm.

Genf, 29. Nov. Wie der Sonderberichterstatter des VDZ-Büros erfährt, wird die kurze Erklärung, die die russische Delegation im vorbereiteten Abrüstungsausschuß abgeben wird, zur Begründung eines Antrages dienen, der im wesentlichen den von Litwinow in Moskau bereits gemachten Anregungen auf Förderung des Abschlusses von Nichtangriffspakten und auf ganze oder teilweise Abrüstung entspricht. Dabei sind die Nichtangriffspakte als Sonderverträge nach dem Muster der von Rußland bereits mit einer Reihe von Nachbarstaaten abgeschlossenen Nichtangriffspakte gedacht und nicht als ein genereller zahlreiche Staaten umfassender Nichtangriffspakt.

Von Nah und Fern.

Kommissionsrat Busch †.

Berlin, 29. Nov. Kommissionsrat Paul Busch, der Besitzer und Begründer des Berliner Zirkus Busch, ist gestern an den Folgen einer Blinddarmoperation gestorben. Busch hat ein Alter von 78 Jahren erreicht.

Großfeuer.

Berlin, 29. Nov. In der märkischen Standuhrenfabrik in Berlin-Karlshorst brach gestern in später Abendstunde ein Feuer aus, das so schnell um sich griff, daß die ganze umfangreiche Fabrik ein Opfer der Flammen wurde. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die umliegenden Häuser zu schützen. Bei den Löscharbeiten erlitten einige Feuerwehrleute erhebliche Verletzungen.

Schlägerei vor der Berliner Universität.

× **Berlin**, 29. Nov. Wie die Deutsche Zeitung meldet, kam es gestern abend vor der Berliner Universität zu einer Prügelei zwischen rechtsstehenden und linksstehenden Studenten. Die Vorfälle, bei denen die Verordnung des Kultusministers Becker über das Studienrecht eine Rolle spielte, sind Gegenstand einer eingehenden Untersuchung des Rektors geworden.

Verhaftung eines Schulrats.

△ **Berlin**, 28. Nov. Der Schulrat des pommerschen Kreises Grimmen, Lissau, der schwere Urkundenfälschungen und Unterschlagungen begangen hat, ist gestern in Berlin verhaftet worden. Lissau war vor drei Tagen aus seiner Wohnung in Greifswald verschwunden. Er hatte sich am Abend des 24. Novembers zum Schlittschuhlaufen auf den Greifswalder Boden begeben. Am nächsten Morgen war, wie berichtet, sein Hut neben einem großen Eisloch gefunden worden. Der vorgetäuschte Selbstmord hielt die Polizei nicht davon ab, sofort einen Steckbrief zu erlassen, der im Zusammenhang mit persönlichen Nachforschungen gestern zur Verhaftung durch einen Greifswalder Kriminalbeamten führte. Er hat heute morgen ein Geständnis abgelegt.

Raubmord.

:: **Berlin**, 29. Nov. In seiner Gastwirtschaft in der Nähe des Görlitzer Bahnhofs wurde heute der Schankwirt Rogowski von einem Gast ermordet und beraubt. Möglicherweise sind an der Tat auch zwei Personen beteiligt. Geraubt können höchstens 30—40 Mark sein. Auf die Ergreifung des Täters sind 1000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Museumsdiebstahl.

+ **Darmstadt**, 29. Nov. Aus dem Landesmuseum wurden von einem bisher unbekannten Täter drei Relief-Elfenbeinschnitzereien, die aus dem 14. Jahrhundert stammen und einen unersetzlichen Kunstwert darstellen, gestohlen.

Furchtbares Familiendrama.

:: **Stuttgart**, 29. Nov. Der Oberlandjäger Ehrhardt, der seine Ersparnisse ausgeliehen hatte, sie aber als verloren betrachten mußte, tötete seine im Bette liegende Frau sowie sein Kind durch Erschießen. Hierauf schrieb er einen Abschiedsbrief und setzte seinem Leben auf einem Stuhl vor dem Bette seiner Frau sitzend durch einen Kopfschuß ein Ende.

Landfriedensbruch.

Rottweil, 29. Nov. Als hier nachts ein Kabelbaumonteur wegen Ruhestörung verhaftet wurde, nahmen auswärtige Kabelbauarbeiter und andere junge Leute gegen die Polizei eine drohende Haltung ein. Sie wollten die Polizeiwache stürmen und die Herausgabe des Festgenommenen erzwingen. Die drei hart bedrängten Polizeibeamten riefen die Landjägermannschaft telephonisch zu Hilfe. Mit Gummiknüppeln wurde gegen die Täter eingeschritten. Acht von ihnen wurden wegen Landfriedensbruch dem Gericht überwiesen.

Schiffsunfälle infolge Nebels.

:: **Hamburg**, 29. Nov. Der 12000 Tonnen große französische Dampfer „Docteur Pierre Benoit“ ist auf der Fahrt elbeaufwärts auf Grund geraten, ebenso der italienische Dampfer „Monte Bianco“, nachdem er zuvor im Nebel mit einem unbekannten Dampfer zusammengestoßen war. Am Sonntag ist der nach Memel bestimmte Hamburger Dampfer „Maggie“ im Kaiser-Wilhelm-Kanal mit einem unbekannten Dampfer zusammengestoßen und heute morgen beschädigt zur Reparatur in Hamburg wieder eingelaufen.

Eine Millionenschiebung nach zwei Jahren aufgedeckt.

⊠ **Kiel**, 28. Nov. Unter dem Verdacht der Beteiligung an einer zwei Jahre zurückliegenden Millionenschiebung wurde hier der Geschäftsführer der Fußballvereinigung, Stocks, verhaftet, der bis 1925 bei den Leunawerken in Magdeburg angestellt war. Mit mehreren anderen Angestellten der Leunawerke soll Stocks seinerzeit in Berlin eine Scheinfirma gegründet haben, die mit den Leunawerken Lieferungsverträge abschloß. Waren sollen nicht geliefert worden sein, wohl aber soll man Rechnungen ausgestellt haben, deren Begleichung die Verdächtigen veranlaßten. Für die erhaltenen Geldbeträge wurden u. a. Leuna-Aktien im Werte von 125000 Mark gekauft.

Leichenfund auf freiem Felde.

:: **Frankfurt** a. M., 29. Nov. In der Nähe des Taunusstädtchens Cronberg wurde auf freiem Felde die Leiche der 27jährigen Auguste Gerber aus Frankfurt a. M. mit mehreren Stichverletzungen am Halse und einer schweren Gesichtsverletzung tot aufgefunden. Als Täter kommt ohne Zweifel der Verlobte der Gerber in Frage, der 26jährige Arbeiter Peter Müller. Der derzeitige Aufenthalt des Müller ist nicht bekannt. Die Möglichkeit, daß er Selbstmord verübt hat, ist nicht ausgeschlossen.

Eine Verzweiflungstat.

+ **Breitheim** (Oberamt Gerabronn), 29. Nov. Der Oberlandjäger Ehrhardt hat seine Frau, seinen elfjährigen Sohn und sich selbst mit dem Dienstgewehr erschossen. Vermögensverlust hat die Verzweiflungstat veranlaßt.

Orkan und Eisgefahr in Südrußland.

:: **Kowno**, 29. Nov. Wie aus Moskau gemeldet wird, herrscht auf dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer ein schwerer Orkan, der bereits zum Verlust eines Dampfers geführt hat. Auf dem Kaspischen Meer sind zahlreiche staatliche und genossenschaftliche Schiffe im Eis stecken geblieben; über 150 Schiffe sind verschollen. Die Rettungsarbeiten sind durch den Orkan sehr erschwert und teilweise sogar unmöglich. Ein Schiff wurde von einem Eisblock mitten durchgeschnitten, die 120 Mann starke Besatzung konnte jedoch gerettet werden. Auf der Wolga, auf der ebenfalls starker Eisgang herrscht, ist ein Kutter mit neun Personen untergegangen.

Schweres Eisenbahnunglück.

:: **Bukarest**, 29. Nov. Auf der Eisenbahnstation Titu stießen gestern abend, wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, der Temesvarer und der Bukarester Schnellzug auseinander, kurz nachdem der Sonderzug mit der königlichen Familie aus Florina vom Leichenbegängnis Bratianus zurückgekehrt war. Der Anprall war so heftig, daß beide Lokomotiven und sechs Wagen zertrümmert wurden. Zwei Personen fanden sofort den Tod, sechs weitere wurden schwer verletzt.

Steuermarkenfälscher in Ungarn.

Budapest, 29. Nov. Die Polizei ist einer groß angelegten Fälschung von Umsatzsteuerstempelmarken auf die Spur gekommen, die schon seit längerer Zeit und im bedeutenden Umfang betrieben wurde. Gestern sind in dieser Angelegenheit fünf Personen verhaftet worden.

Revolte in einem Budapester Zuchthaus.

)(**Budapest**, 29. Nov. Nach einer Meldung der „Arbeiterzeitung“ kam es in dem dortigen Zuchthaus heute früh zu einer Revolte der politischen Gefangenen. Die Gefangenen bauten aus Decken, Stühlen und Tischen eine Barrikade, begannen zu lärmen und zu schreien und verlangten ihre Freilassung. Es waren durchweg Anhänger der Vagi-Partei, die die Kundgebung veranstalteten. Die Budapester Polizei-Korrespondenz meldet dazu ergänzend, daß bei der Abführung ein Gefangener den Polizisten entfloh und vom zweiten Stock in den Hof sprang, wo er tot liegen blieb.

Die Ueberschwemmung in Algier.

:: **Paris**, 29. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Algier wird der durch die Ueberschwemmungskatastrophe angerichtete Schaden auf insgesamt etwa 500 Millionen Franken geschätzt. Am härtesten ist der Bezirk von Oran betroffen worden. Die Zahl der Toten beträgt in Mostaganem gegenwärtig 150, in Tenes 39 und in Ain-Tenuschent zwei. Nach einer Blättermeldung aus Oran hat ein Teil der Stadt geräumt werden müssen, weil das Hochwasser die Häuser ernstlich bedroht.

Bestrafung einer Russin in Paris.

Paris, 29. Nov. Die Russin, die am 10. August auf den Pförtner des Sowjetkonsulats zwei Revolverschüsse abgegeben hatte, weil man von ihr, obwohl sie gänzlich unbemittelt war, für einen von ihr verlangten Paß 25 Franken Gebühren forderte und weil der Pförtner sie wegen ihrer religiösen Gedanken verspottete, ist vom Pariser Strafgericht zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt worden.

Das Lösegeld für die in Marokko Entführten.

△ **Paris**, 28. Nov. „Matin“ macht Einzelangaben über das den Eingeborenen in Marokko zur Freigabe der acht entführten Franzosen gezahlten Lösegeld. Für die vier Gefangenen der Beni Mellal wurden außer verschiedenen Gegenständen 2177506 Franken, für die beiden Kinder, die einer französischen Familie entführt worden waren, 875000 Franken gezahlt. Außer der Lieferung moderner Waffen hatten die Eingeborenen noch eine Art erzwungenen Waffenstillstand erhalten wollen, der ihnen acht Jahre lang Straflosigkeit gesichert hätte. Diese Forderung wurde aber abgelehnt.

Folgenschwerer Mauereinsturz.

:: **Chicago**, 29. Nov. Hier stürzten gestern drei Wände einer im Umbau befindlichen großen Garage, in der sich 30 Personen befanden, zusammen. Man befürchtet, daß zehn unter den Trümmern begrabene Personen ums Leben gekommen sind.

Die Zahl der Opfer beim Eisenbahnunglück in Kanada.

:: **Ottawa**, 29. Nov. Bei dem Eisenbahnunfall westlich von Montreal wurden im ganzen fünf Personen getötet, darunter der Hamburger Friedrich Rischur (?). Zwölf Personen wurden verletzt.

Der Fall Hohnsel endgültig erledigt.

O **Hagen**, 29. November.

In dem aufsehenerregenden Giftmordprozeß Hohnsel, der am 5. November nach 10tägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht in Hagen mit einem Freispruch der Angeklagten Alma Hohnsel mangels Beweise seinen Abschluß fand, hatte die Staatsanwaltschaft Revision angemeldet. Von Anfang an wurde angenommen, daß die Einlegung der Revision durch die Staatsanwaltschaft nur prinzipielle Bedeutung hatte. Diese Annahme hat ihre Berechtigung jetzt gefunden: die Staatsanwaltschaft hat am Montag ihre Revision zurückgezogen. Damit ist der Fall Hohnsel, soweit er die Angeklagte Alma Hohnsel angeht, endgültig erledigt.

Inzwischen ist Alma Hohnsel in den Genuß des Testamentes des toten Rudolf Berghaus getreten. Sie hat das Besitztum übernommen, das sie im Sinne des Verstorbenen als Brennereibetrieb weiter zu führen beabsichtigt.

Gerichtszeitung.

Zum Tode verurteilt.

:: **Hannover**, 29. Nov. Der polnische Arbeiter Peter Drapiowski wurde heute vom Schwurgericht Hannover wegen des im November vorigen Jahres an einer Arbeiterin begangenen Mordes entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts zum Tode verurteilt.

Schwere Strafen im Hamburger Spritschmuggelprozeß.

O **Hamburg**, 29. Nov. Hier gelangte heute nach mehrtägiger Verhandlung der Spritschmuggelprozeß zum Abschluß, in dem sich zehn Personen zu verantworten hatten, die große Mengen Weinbrannt, Weingeist und dergleichen aus Holland über Köln nach Hamburg eingeschmuggelt hatten. Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten Kaufmann Karl Schwartz wegen wiederholter Zolldefraudation unter erschwerten Umständen in Tateinheit mit Hinterziehung des Monopolausgleichs und wegen wiederholter Urkundenfälschung zu 2 Jahren Gefängnis, 5477000 Mark Geldstrafe und zum Wertersatz von 812000 Reichsmark, Angeklagten Best wegen der gleichen Delikte zu 4 Monaten Gefängnis, den gleichen Nebenstrafen, den Verwalter Schilling zu 8 Monaten Gefängnis, 3654000 Mark Geldstrafe und 417000 Reichsmark Wertersatz, den Betriebsleiter Friedrich Junker wegen Begünstigung zu 1 Monat Gefängnis und den Kaufmann Wilhelm Schneider wegen gewinnsüchtiger Urkundenfälschung zu 4 Monaten Gefängnis. Sollten die Geldstrafen nicht eingetrieben werden können, so muß Schwartz noch weitere 2 Jahre, Best noch 78 Wochen und Schilling noch 52 Wochen Gefängnis verbüßen. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Ein Nachspiel zum Erichsen-Prozeß.

⊠ **Hirschberg**, 29. Nov. Der am Montag hier eingetroffene Oberlandesgerichtspräsident Witte aus Breslau hat heute vormittag mit der Vernehmung des aus dem Erichsen-Prozeß bekannten Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Pietsch begonnen.

Rundfunk.

Langenberg/468,8. Münster/241,9.

Dortmund 283.

Mittwoch, 30. November.

13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert. Leitung: Eysoldt. 1. Nachtschwärmer, Walzer, Ziehrer. 2. Ouvertüre zur Oper „Zar und Zimmermann“, Lortzing. 3. Melodien aus der Oper „Faust und Margarethe“, Gounod. 4. Javaträume, Eysoldt. 5. Die Fabeln von La Fontaine, Mouton. 6. Rosen, Tulpen, Nelken, Lied, Lincke. 7. Slavische Tänze Nr. 2 und 1 Dvorak. 15,45—16,15 Uhr: Ewis Borkmann: Frauenstunde. 16,20—17 Uhr: Dr. W. Schmidt: Bücherstunde. Ernst Barthel: „Lebensphilosophie“. Ernst Barthel: „Philosophie des Eros“. Karl König: „Alkohol und Erziehung“, „Narrenland“, aus dem Dänischen des Larsen-Ledet und Harald Bergstadt, übersetzt von Reinhard Kraut. Juliane Kay: „Abenteuer im Sommer“. 16,30—17 Uhr: Dr. Heising: Bücherfunk. E. v. Matil-Löwenkreuz: Der verklärte Tag. — G. Hauptmann: Mathilde, Roman. Uzarski: Kurukallawalla. 16,30—17 Uhr: Bücherfunk und Leseproben aus eingegangenen Neuerscheinungen des Büchermarktes. Referent Walter Vollmer. Adolf Uzarski: „Kurukallawalla“. Max Jungnickel: „Das närrische Lesebuch“. Theodor Däubler: „Bestrickungen“. Leo Weißmantel: „Der Richter“. Heinrich Lersch: „Der grüßende Wald“. Heinr. Wolfgang Seidel: „Genia“. 17,05—17,25: Beigeordneter Dr. Reinhaus: Ein modernes städtisches Wohlfahrtsamt. Aus Recht und Praxis der Wohlfahrtspflege. 17,30—18 Uhr: Dr. Stichtenoth: Klangkampf. 18—19 Uhr: Vesperkonzert. Leitung: Eysoldt. 1. Hoch Heidecksburg, Marsch, Herzer. 2. Ouvertüre zur Oper „Rosamunde“, Schubert. 3. Ein Immortellenkranz auf das Grab Lortzings, Rosenkranz. 4. Siamesische Wachtparade, Lincke. 5. Lo! Holde Lo!, Hajos. 6. Melodien aus der Oper „Der Prophet“, Meyerbeer. 19,15—19,45 Uhr: Willi Schaeferdiek: Die Stunde des Arbeiters. Ausgewählte Gedichte von Gerrit Engelke. 19,45—20,15 Uhr: Lektor Rüschkamp-Whitehead. E. Bennet: Englische Unterhaltung. 20,15 Uhr: Sinfonie-Konzert des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Buschkötter. Solist: Karl Hermann Pillney-Köln (Klavier) 1. Sinfonische Variationen über ein Kinderlied, Haussegger. 2. Variationen und Fuge über ein Thema von Johann Sebastian Bach, Reger-Pillney. 3. Sinfonische Variationen über ein Originalthema, Elgar. Flügel: Steinway. Anschließend Letzte Meldungen, Sportberichte. Anschließend bis 24 Uhr Nachtmusik, Leitung: Eysoldt.

Wetterbericht.

Essen, 29. Nov. Das festländische Hochdruckgebiet hat sich unter Abschwächung zurückgezogen. Der im Norden vorüberziehende kräftige Tiefdruckwirbel hat über dem Kanal einen ausgedehnten Ausläufer entwickelt, während westlich von Irland der Luftdruck wieder stark ansteigt. In Deutschland herrschte heute morgen nur noch in Schlesien sowie in Sachsen und Bayern leichter Frost. Durch das zeitweilige Tauwetter auf den Höhen ist die ohnedies schon geringe Schneedecke in den west- und mitteldeutschen Gebirgen stark verharscht und daher für den Wintersport in vollem Umfange meist nicht geeignet. — Vorhersage bis Donnerstag: Vorerst leichte Niederschläge, später wieder trocken, aber nur vorübergehend aufheiternd, sowie etwas kälter.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 30. November 1927.

Bocholter Weihnachts-Werbewoche.

Der Beginn der Weihnachts-Werbewoche ist auf Mittwoch, den 7. Dezember, mittags 12 Uhr, festgesetzt.

* * *

a. **Ausnahmesonntage.** An den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten und zwar am 4., 11. und 18. Dezember ist ein Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen und eine verlängerte Beschäftigungszeit für Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter zuzulassen. Während der für den Gottesdienst festgesetzten Zeit von 9—11 Uhr und von 14—15 Uhr wird die Beschäftigungszeit unterbrochen. Auch sind die Verkaufsstellen in dieser Zeit geschlossen zu halten. Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß am 22. und 23. Dezember offene Verkaufsstellen bis 20 Uhr geöffnet sein dürfen. Am 24. Dezember — hl. Abend — sind Verkaufsstellen um 19 Uhr zu schließen.

a. **Steuersprechtag des Finanzamtes.** Der nächste Steuersprechtag des Finanzamtes Borken in Bocholt findet statt am morgigen Donnerstag im Stadtverordneten-Sitzungssaale, Eingang Realschulstraße, vormittags von 10,30 bis 1 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr.

n. **Jungfrauen-Kongregation Liebfrauen.** Heute (Mittwoch) abend hat die Eucharistische Abteilung 8,15 Uhr Versammlung in der St. Agneskirche.

m. **Städtische freiwillige Feuerwehr.** Die städtische freiwillige Feuerwehr hielt am Montag abend im „Bürgertrug" eine Saalübung ab, bei der die verschiedenen Arten von Rauchschutzgeräten und Wiederbelebungs-Apparaten eingehend erklärt und praktisch vorgeführt wurden. — Die sich hieran anschließende Mitglieder-Versammlung wurde von dem Herrn stellv. Branddirektor Techtmann eröffnet und geleitet. Zunächst begrüßte dieser besonders den Herrn Kreisbrandmeister Rudolf Fischer und die zahlreich erschienenen Mitglieder. Sodann hielt Herr stellvertr. Branddirektor Techtmann einen instruktiven Vortrag über das Verhalten der Wachen bei Theatervorstellungen und ermahnte Führer wie Mannschaften im Brandfalle zu ruhigem und besonnenen Vorgehen, warnte aber andererseits vor überstürztem und kopflosem Handeln. Herr Kreisbrandmeister Fischer ergänzte die lehrreichen Ausführungen des Vorredners durch Schilderung der verschiedenen Arten von Theaterbränden und ihrer Löschmethoden. Der Vorsitzende nahm dann unter Begrüßungsworten die Aufnahme eines neuen Mitgliedes vor und verpflichtete dieses unter Hinweis auf den erhabenen Wahlspruch „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr" durch Handschlag als freiwilligen Feuerwehrmann. Das übliche Winterfest soll am 28. Januar nächsten Jahres gefeiert werden; einem erweiterten Festausschuß wurden die weiteren Vorarbeiten übertragen. Nach Bekanntgabe einiger interner Angelegenheiten und mehreren schneidigen Darbietungen des Trommlerkorps, schloß Herr stellvertr. Branddirektor Techtmann die in allen Teilen anregend verlaufene Versammlung.

n. **II. Konzert (Kammermusikabend) des M. G. V. „Sängerbund" am Donnerstag, den 8. Dezember (Maria Empfängnis), abends 7,30 Uhr im Saale des St. Georgius-Schützen-Vereins.** Der Verein hat in den letzten Jahren im Rahmen von Kammermusikabenden sehr viel Abwechslung gebracht. Im vorigen Jahre war es das Kammer-Harfenterzett (Sopran, Flöte und Harfe) und in diesem Jahre hören wir zum ersten Mal das Westfälische Streich-Quartett aus Münster. Die Zusammensetzung ist folgende: Fritz Frier (Violine), Werner Göhre (Violine), Kurt Platz (Bratsche), Max Renger (Cello). Diesem Streich-Quartett geht ein ganz hervorragender Ruf voraus, was die Mitwirkung bei erstklassigen Musik-Veranstaltungen im ganzen Reiche beweist. Glänzende Kritiken liegen vor. Es ist daher auf einen hohen Kunstgenuß zu rechnen. Des verkaufsfreien Feiertages wegen ist der Beginn auf 7,30 Uhr festgesetzt. Schon heute machen wir ganz besonders auf den pünktlichen Beginn aufmerksam. Der Kartenvorverkauf in der Buchhandlung von Johann Valk, Nobelstraße, hat begonnen. Passive Mitglieder erhalten ihre Karten gegen Vorzeigung der letzten Beitragsquittung ebenfalls dort. (Siehe auch die besondere Anzeige in der heutigen Nummer.)

b. **Nebenstelle Bocholt der Dampfkessel-Ueberwachungs-Gesellschaft. — Einweihung des neuen Dienstgebäudes.** Am 24. ds. Mts. hielt der Vorstand der Gesellschaft zur Ueberwachung von Dampfkesseln zu M.-Gladbach hier eine Sitzung ab und verband damit zugleich die Einweihung des Kaiser-Friedrich-Straße Nr. 24 errichteten Dienstgebäudes, das im August bezogen wurde. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Herr Handelsgerichtsrat Cords, Fabrikbesitzer in M.-Gladbach, wies in längerer Ansprache hin auf die Entwicklung des Dampfkessel-Ueberwachungs-Vereins und seiner Nebenstelle in Bocholt, für die es jetzt nach 25jährigem Bestehen möglich gewesen sei, ein eigenes prächtiges Heim zu schaffen. Der Nebenstelle Bocholt, der seit Mai ds. Js. ein zweiter Ingenieur zugeteilt ist, unterstehen in der Stadt Bocholt und den Kreisen Borken, Rees und Cleve 579 Dampfkessel, 167 Dampffässer und 118 Aufzüge. Ferner erfordert eine erhebliche Tätigkeit die Prüfung der Kraftfahrzeugführer, da ja gerade das Kraftfahrzeugwesen in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat. Während die Anzahl der zu überwachenden Kessel vor dem Kriege jährlich stieg, ist seit einigen Jahren ein langsames Sinken festzustellen. In den Kreisen Borken und Rees waren 1914 500 Dampfkessel vorhanden; heute sind es nur noch 425. Daraus darf aber trotz der Strom- und Kraftlieferung durch die Ueberlandzentralen nicht auf einen Rückgang in der vielbenutzten Anwendung des Dampfes geschlossen werden, denn trotz der geringeren Anzahl der Dampfkessel hat sich die Gesamtsumme der Heizflächen gehoben, ebenso wie in dem Dampfdruck bei neuerbauten Kesseln eine gewaltige Steigerung eingetreten ist.

* * *

r. **Altrhede, 29. Novbr. Nächtlicher Ueberfall.** Am Samstag abend kehrte ein Anwohner der Barriere, namens T., von einer Versammlung aus Rhede zurück. Als er in eine in der Nähe gelegene Wirtschaft eintrat, wurde er von einem der Anwesenden mit Sticheleien begrüßt. Als T. ihm diese zurückgab, forderte der andere ihn auf, mit nach draußen zu gehen und verließ mit seinem Freunde das Lokal. Als T. einen Augenblick später ebenfalls auf die Straße trat, wurde er von seinem Gegner nach einem bedeutungslosen Wortwechsel zu Boden geworfen. An der nun entstehenden Balgerei beteiligte sich auch der Freund. T. wurde mit den Füßen bearbeitet. Außer einer Quetschung des Handgelenkes trug er auch Verletzungen am Kopf davon. Die Tat ist umsomehr zu verurteilen, da es sich um einen Nachbar handelte. Die Sache wird für die beiden Uebeltäter noch unangenehme Folgen haben.

* **Hervest-Holsterhausen, 29. Novbr. Tödlicher Unfall auf „Fürst Leopold".** Am Samstag verunglückte der Bergmann Heinrich L., Hervest-Dorsten, in Ausübung seines Berufes tödlich, indem er von einem schweren Stein, der sich bei der Kohlengewinnung gelöst hatte, getroffen wurde. Der Verunglückte hinterläßt Frau und 5 Kinder, von denen zwei unter 14 Jahre alt sind.

* **Gronau, 29. Nov. Tödlicher Unfall.** Am Sonntag abend ist der 46jährige Reichsbahnbauinspektor Karl K. von hier tödlich verunglückt. Er wurde von dem um 7,03 Uhr in Richtung Bentheim abfahrenden Personenzug rücklings erfaßt und auf der Stelle getötet. Der so tragisch ums Leben gekommene Beamte war erst seit ca. 7 Monaten in Gronau stationiert und hinterläßt Frau und drei Kinder.

Vom Niederrhein.

— **Isselburg, 29. Nov. Betriebskrankenkasse der Isselburger Hütte.** Bei der Betriebskrankenkassenwahl der Isselburger Hütte war nur vom Christlichen Metallarbeiter-Verbande eine Vorschlagsliste rechtzeitig eingereicht worden. Sämtliche Ausschußmitglieder werden daher vom Christlichen Metallarbeiter-Verbande gestellt.

— **Isselburg, 29. Nov. Theater-Abend.** Am kommenden Samstag und Sonntag wird der Theaterklub „Fidelitas" wieder einen großen Theater-Abend veranstalten. Zur Aufführung kommt das große dramatische Zeitbild mit Gesang in 4 Akten „Deutsche Frauen — Deutsche Treue". Mit diesem Schauspiel hat man einen guten Griff gemacht und da die Rollen in sehr guten Händen liegen, so ist ein genußreicher Abend zu erwarten. Eine kurze Inhaltsangabe lassen wir folgen: In einen ergreifenden Kampf zwischen Treue zum Vaterland, Liebe und Pflicht stellt uns das Zeitbild aus Kriegsbeginn. Der alte Graf Steinmetz, ein 1871 reichsdeutsch gewordener Franzose, hat sich 1914 zu Kriegsbeginn, unter dem Einfluß eines französischen Offiziers, der sich in Verkleidung bei ihm aufhält, zu einem heimtückischen Anschlag gegen die in das Elsaß einrückenden deutschen Soldaten bereden lassen, indem er in seinem Schloß französische Soldaten verborgen hält. Da gelingt es seiner Tochter Eva-Maria, die wie alle Kinder des Grafen sich als echte Deutsche fühlt, ihn in letzter Minute zu bewegen, den Verrat dem deutschen Befehlshaber zu offenbaren, aber für den Grafen selbst ist es bereits zu spät; sein eigener jüngster Sohn, der für Deutschland kämpft, ist dem Anschlage zum Opfer gefallen. Auch der Graf stirbt durch die Kugel des französischen Spions, der sich an dem Verräter seiner Sache rächt. Eine ergreifende Liebesgeschichte zwischen der jungen Försterstochter Beate und eben dem gleichen französischen Offizier ist in das Stück hineinverflochten. Beate sühnt zum Schluß ihren Vaterlandsverrat mit dem Tode, nachdem sie aber vorher selbst ihr eigener Rächer an dem französischen Spion geworden ist. Es ist nicht möglich, auf alle einzelnen packenden Szenen dieses ergreifenden Charakter-Dramas einzugehen. Wir wünschen dem Theaterklub „Fidelitas" ein volles Haus.

Deutsche Jugendkraft (DJK)

Bezirk Bocholt-Rees.

Arminia Oberhausen 1. — Sportfr. Bocholt 97 7:0 (2:0).

Die Sportfreunde 97 waren am Sonntag bei den Oberhausener Arminiaspielern in der Lehre. Wenn auch das Resultat reichlich hoch ist, so konnten die Bocholter das Spiel immer offen halten. Die Partie wurde von beiden Seiten höchst fair ausgetragen.

Blau-Weiß Wesel 1. — D. J. K. Ruhrort 1. 8:1 (4:0).

Eintracht Ringenberg 1. — Eintracht Bocholt 1. 2:1 (2:0) abgebrochen.

Preußen Brasselt 1. — Rasensport Loikum 1. 12:0 (8:0).

Wie schon die Vorschau einen Sieg der Brasselter verkündete, so ist es gekommen. Daß das Resultat so hoch ausfallen würde, dachte allerdings wohl niemand. Die Loikumer traten nur mit 9 Spielern an, worauf die Höhe der Niederlage wohl in erster Linie zurückzuführen ist.

Teutonia Emmerich 1. — Rheinw. Bruckhausen 1. 5:8 (4:4).

Die beiden Mannschaften führten ein überaus feines und schnelles Spiel vor. Teutonia holte bis zur Halbzeit die Verlusttore ein, unterlag aber in der zweiten Spielhälfte größtenteils deswegen, weil der Torhüter sich in gröbster Weise gegen die Sportdisziplin verging, indem er den Platz verließ.

Preußen Brasselt 1. J. — Teutonia Emmerich 1. J. 2:1.

Das Spiel mußte wegen eintretender Dunkelheit abgebrochen werden.

Elten 1. Jgd. — Teutonia 2. Jgd. 5:1.

Das Resultat wäre bestimmt anders ausgefallen, wenn in der Eltener Mannschaft nur Spieler der Jugend-Mannschaft mitgewirkt hätten.

Blau-Weiß Wesel 1. J. — Blau-Weiß Wesel 2. J. 3:1 (1:0).

:: **T. u. B. Bocholt.** Am vergangenen Sonntag weilte die 1. Elf in Hamborn, um gegen die gleiche Elf von Rheinland Hamborn das fällige erste Meisterschaftsspiel auszutragen. Da der angesetzte Schiedsrichter ausblieb, einigte man sich auf einen Herrn von T. u. B. — Sofort bei Anstoß legten die Tuber mächtig los, aber die Hintermannschaft der Grünweißen ist auf der Hut und sie vereitelt lange alle Angriffe der Bocholter. In der 22. Minute wird vom Schiedsrichter den Tubern ein Elfmeter zugesprochen, der aber glänzend verschossen wird. 10 Minuten später heißt es wieder Elfmeter für T. u. B. Dieser wird vom Linksinnen glatt verwandelt. Bis zur Pause wird an diesem Resultat nichts mehr geändert. Nach der Pause sieht man wieder verteiltes Feldspiel, bis es den Grünweißen gelingt, durch ihren Mittelstürmer gleichzuziehen. Die Tuber setzen sich eine Zeit lang in der Hälfte des Gegners fest, können aber keine Tore erzielen. Langsam lösen sich die Grünweißen aus dieser Umklammerung. Jetzt rollt Angriff auf Angriff gegen das Tor der Tuber. Aber Torwart und Verteidiger sind allen Gefahren gewachsen. Der Schlußpfiff des Unparteiischen trennte zwei gleichwertige Mannschaften. — Am Sonntag um 2,30 Uhr spielt die 1. Mannschaft gegen den Spitzenführer der Gau-A-Klasse Arminia Oberhausen. Näheres folgt in den nächsten Tagen an dieser Stelle.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es gefallen, heute nacht gegen 1 Uhr unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, die

Wwe. Bernhard Kösters

Anna geb. **Michel**

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach langem, mit großer Geduld ertragenen Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von beinahe 61 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Bocholt, Altenmellrich, Menzelen, 28. Nov. 1927.

Das heilige Seelenamt findet statt am Donnerstag morgen ½9 Uhr in der Liebfrauenkirche, danach die Beerdigung vom St. Agnes-Hospital aus, wozu freundl. eingeladen wird.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche betrachten zu wollen.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Sohnes und Bruders sagen wir allen Verwandten und Bekannten, besonders dem Jugendverein St. Joseph und der Nachbarschaft unsern tiefgefühlten Dank.

Familie Wwe. Gerhard von Oepen

Jungfrauenkongregation Liebfrauen.

Mittwoch, 30. Nov., abends 8,15 Uhr

Versammlung

der Eucharistischen Abteilung in der St. Agneskirche.

Allgemeine Ortskrankenkasse Bocholt.

Ordentliche Ausschußsitzung

am Donnerstag, den 8. 12. cr., vormittags 11 Uhr im „Bürgertrug".

Tagesordnung:
1. Voranschlag 1928.
2. Wahl der Rechnungsprüfer.
3. Genehmigung der neuen Dienstordnung für die Angestellten.
4. Verschiedenes.

Bocholt, den 29. November 1927.

Der Vorstand: Karl Hüls, Vorsitzender.

K. K. V.

Westfalia

Mittwoch abend 8½ Uhr:

Lichtbilder-Vortrag

über das Thema **„Pressa, die Weltschau am Rhein"**, gehalten von Herrn Dr. Hermann von der Ausstellungsleitung der Internationalen Presse-Ausstellung Köln 1928.

Die Mitglieder des Jungmännerrings und Gäste sind freundl. eingeladen.

Der Vorstand.

Schluß des großen Preiskegelns

im **Lokale Jos. Dücking, Rhede.**

Letzte Anmeldung zum Kegeln Montag, 12, abends 11 Uhr, danach Preisverteilung.

Der Veranstalter.

Schnellastkraftwagen

bestes deutsches Fabrikat, mit Luftbereifung, Tragkraft ca. 1½ To., wie neu, zu besonders günstigem Preise und Zahlungsbed. zu verk.

Anfragen erb. unter C. 7628 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Unterzeuge

für Damen, Herren und Kinder

Große Auswahl

Altbewährte Qualitäten bei billigsten Preisen

J. & F. Biergans

Bekanntmachung.

Am 1. Dezember 1927 findet in Preußen eine Viehzählung statt, die sich auf Pferde Maultiere, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen, Federvieh, Bienenvölker und Hausschlachtungen erstreckt. Ferner findet eine Zählung des rot- und schwarzbunten Rindviehes statt. Die Zählung wird im Amte Rhede durch ehrenamtlich beauftragte Zähler ausgeführt. Die Haushaltungsvorstände werden ersucht, ihre Viehbestände vollzählig anzugeben. Es wird darauf hingewiesen, daß sofort nach der Zählung eine amtliche Nachprüfung der Angaben über die Viehbestände stattfindet. Unrichtige Angaben werden bestraft.

Rhede, den 29. November 1927.

Der Amtmann: **Dörner.**

Unzufriedene Krankenkassen-Mitglieder

Wer zu einer erstklassigen Kasse — Mitglieder hauptsächlich Lebensreformer, deshalb niedrige Beiträge und hohe Leistungen — übertreten will, verlange sofort aufklärende Schriften und kostenlose Zusendung der Monatszeitschrift „Der gesunde Mensch". Freie Wahl zwischen Aerzten u. Heilkundigen.

„Volkswohl" Krankenunterstützungskasse Dortmund.

Vertreter für Bocholt und Umgegend:

A. Spandern, Bocholt

Sachsenstr. 16.

Fleischverkauf

Donnerstag u. Freitag nachmittag von 2 Uhr an ist von 3 Schweinen

Fleisch

zu haben.

Bäckerei **Heinr. Jungkamp,** Weidenstr. 8.

Suche für meinen Sohn, welcher Ostern aus der Schule entlassen wird, eine Lehrstelle bei einem kath. Meister, als

Friseur-Lehrling.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Von einer hiesigen Decken-Weberei wird für das Musterzimmer ein

junger Mann

gesucht, der schon über Kenntnisse in der Mustermacherei verfügt und sauber und zuverlässig arbeiten kann.

Angebote erbeten unter C. 7614 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Büro und Lagerräume

eventl. mit kleiner Wohnung und Garage, sofort zu vermieten.

Maschinenfabrik Otto Pieron.

Tüchtiges, sauberes

Mädchen

f. Vormittags gesucht.

Hemdener Weg 24.

Jüngeres, sauberes

Mädchen

für vormittags gesucht.

Wo, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein tüchtiger

Schweizer

am liebsten aus hiesiger Gegend, auf sofort gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Einen 1½ jährigen, schönen, schwarzbunten

Zuchtstier

und ein schweres, hochtragendes

Rind

zu verkaufen.

Johann Enck, Crommert. Tel. 68.

---

500 Mk. Belohnung

zahle ich demjenigen, der mir eine beschlagnahmefreie

3 Zimmerwohnung

besorgt.

Offerten unter B3590 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Möbl. Zimmer.

Junger Mann sucht per sofort möbl.

Zimmer

möglichst Wohn- und Schlafzimmer mit Morgenkaffee, im Zentrum d. Stadt, am liebsten mit voller Pension.

Gefl. Angebote unter C. 7627 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erb.

Gewecker

Junge

nach der Schulzeit ges. Adressen abzugeb. beim **Bocholter Volksblatt.**

Capitol-Theater

Das führende Haus Westfalens.

Eine ganz besondere Darbietung und Überraschung bringen wir mit dem ersten Programm der bekannten Weltfirma:

„PARUFAMET"

Nur 2 Tage! Mittwoch u. Donnerstag.

Der Großfilm:

Das größte Kunstwerk und spannendster Abenteurerfilm:

Ronald Colman der Fremdenlegionär

Elf Akte! Spielzeit 2 Stunden!

Zweiter Großfilm, auf den wir auch besonders hinweisen,

Die Tänzerin von Moulin Rouge

Ein Film von schönen Frauen in 6 prachtvollen Akten aus der Pariser Halbwelt mit **Mae Murray** in der Hauptrolle.

3.

Die Braut aus der Bar. Lustspiel in 2 Akten.

Zur gefl. Beachtung!

Mit der Darbietung des 1. Programms der Fa. Parufamet kommen wir den Wünschen der Bocholter Bevölkerung entgegen und bitten wir, da dies mit großen Unkosten verbunden ist, um regen Besuch. Keine erhöhten Preise.

Außerdem in Vorbereitung folgende Großfilme:

Der Katzensteg, Es war ein Tag der Rosen im August, Die heilige Lüge, Der Schachspieler, Ben Hur, Der alte Fritz, Metropolis, Faust, Der heilige Berg, Hotel Stadt Lemberg, La Boheme, Dubary von heute, Die Frauengasse von Algier, Der Meister von Nürnberg usw.

Die Direktion.

Junge

(14—16 Jahre)

f. leichte Arbeit gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle d. Bl.

Ein guterhaltener, großer

Herd

für 40,— Mk. zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Gutes

Grammophon

mit Platten, passend als Weihnachtsgeschenk billig zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.